

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnent 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die zweijährige Dienstzeit.

Man glaubt entdeckt zu haben, daß der Kriegsminister Serdy du Bernois die Ueberzeugung gewonnen hat, die zweijährige Dienstzeit sei für die Infanterie genügend, und es herrscht dieserhalb die überrassende Ueberzeugung bei allen, welche ihre militärischen Reformbestrebungen auf die Forderung der zweijährigen Dienstzeit beschränkt haben. Man lebt auch der Hoffnung, die zweijährige Dienstzeit werde trotz des Widerstandes, den dieselbe in den Kreisen der höheren Offiziere findet, noch durch ein Gesetz eingeführt werden. Besonders wichtig wird, wie schon bei den letzten Militärdebatten im Reichstage hervorgehoben, daß die dreijährige Dienstzeit eigentlich schon „durchlöchert“ sei und daß sie praktisch nicht mehr bestehe.

Das Letztere ist unzweifelhaft richtig und eben deshalb können wir es kaum begreifen, warum der zweijährigen Dienstzeit eine so weitgehende Bedeutung zugeschrieben wird. Wenn dieselbe jetzt durch ein Gesetz eingeführt würde, so wäre damit an dem bestehenden Zustand so wenig geändert. Die Militärbehörden würden sich dann in Ertheilen von Urlaub sehr zugewandt erweisen und die eigentliche Dienstzeit würde damit ungefähr die gleiche Ausdehnung behalten wie bisher. Die Generale, welche in der Frage der Dienstzeit nicht nachgeben wollen, thun dies jedenfalls aus Berehrung für das Hergebrachte, denn thatsächlich giebt die Militärgewalt nichts auf, wenn die zweijährige Dienstzeit auch formell durch Gesetz eingeführt wird.

Wir können nicht beurtheilen, ob es wirklich wahr ist, daß der Kriegsminister die zweijährige Dienstzeit wünscht. Wenn es aber sich so verhält, dann hat die Regierung einen guten Trumpf in der Hand, den bei passender Gelegenheit auszuspielen sie nicht verfehlen wird. Bekanntlich hatte die „freisinnige“ und demokratische Opposition so großes Gewicht auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit gelegt, daß sie bereit schien, gegen diese als „Gegengeschenk“ den militärischen Mehrforderungen ganz oder theilweise zuzustimmen. Die sogenannten Wadlsträmpfe hatten ohnehin schon keine gemacht, dem Militarismus weitere Opfer zu bringen; als sie aber sahen, daß das Zentrum das Wort weiterer bedingungsloser Bewilligungen auf sich nahm, suchten sie wieder durch eine mehr oppositionelle Haltung ihren beim Volke bedenklich verbläsenden Nimbus aufzufrischen. Wenn nun künftig

sich die Regierung für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit erklären sollte, so würde die freisinnige und bürgerlich-demokratische Opposition der Linken insofern einen schweren Stand bekommen, als damit die Forderungen dieser Richtung in Bezug auf militärische Reformen so ziemlich erschöpft sind. Sollte sie dann neuen Mehrforderungen zustimmen? Den Rickert und Genossen würde das sicherlich nicht schwer fallen.

Zwar wurde dieser Tage offenbar offiziös verkündet, bis zum Ablauf des Septennats werde keine militärische Neuforderung mehr an den Reichstag gelangen, es sei denn bezüglich der Verbesserung von Waffen und ähnlichen unvorhergesehenen Fällen. Das klingt für die Gemüther, denen bei den ewigen Mehrforderungen unheimlich wird, ziemlich tröstlich. Aber was sind offiziöse Versicherungen? Ob die Rüstungen sich steigern, hängt sicherlich nicht davon ab, was in einem Pressbureau ausgekügelt wird, sondern von der europäischen Lage überhaupt.

Wenn der Aufmarsch der Russen an ihrer Westgrenze sich in der bisherigen Weise entwickelt, so werden wir gar nicht überrascht sein, nicht nur vor dem Jahre 1894, sondern auch in der allernächsten Zeit von Neuforderungen für das Reichsheer zu hören. Das ist eben die unglückliche europäische Situation, inmitten deren der ehemalige Reichskanzler noch glaubt, von seiner Russenfreundschaft als von einer diplomatischen Tugend sprechen zu sollen!

Die Andeutungen, die der General Bogel von Falkenstein in der Militärkommission gemacht hat, deuten auch nicht gerade darauf hin, daß man gewillt ist, mit Mehrforderungen bis 1894 zu warten. Wenn auch Manches, was er gesagt hat, zu weit gegriffen erscheint, so kann er doch nicht ohne allen Anhalt von großen Mehrforderungen, welche die Zukunft bringen wird, gesprochen haben. Etwas wird schon dran sein.

Man darf also trotz alledem sich darauf gefaßt machen, daß der Kampf um die Ansprüche des Militarismus bald von Neuem im Reichstage entbrennen wird. Wenn die Regierung schließlich die zweijährige Dienstzeit einführen sollte, so wird wahrscheinlich bei den bürgerlichen Parteien sich wenig prinzipieller Widerstand gegen den Militarismus mehr finden. Die Anschauung, die unlängst Moltke aussprach, daß die Präsenzstärke des Heeres auch gegen „die Begehrlichkeit der niederen Klassen“ gerichtet sei, ist keine rein militärische; sie reicht bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein.

Wir sind der Meinung, daß auch die zweijährige Dienstzeit noch viel zu hoch ist. Das Scharnhorst'sche

System der sogenannten Krämpfer, die nach sechs Monaten der Einübung wieder entlassen oder beurlaubt wurden, das sich so großartig bewährt hat, wird immer ein Vorbild bleiben und gegen die Autorität der Scharnhorst und Gneisenau wird kein General der neueren Kriegsgeschichte aufkommen können. Allerdings dachten die Scharnhorst und Gneisenau auch nicht daran, daß die Armees bestimmt sei, ein Gegengewicht gegen die sogenannte Begehrlichkeit der Volksmassen zu bilden!

Wenn die zweijährige Dienstzeit bewilligt wird, so kann das an unserem Standpunkt gegenüber dem heutigen Militärsystem nichts ändern. Die zweijährige Dienstzeit ist zwar auch uns lieber als die dreijährige. Allein wir glauben nicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen damit etwas gewonnen ist. Unsere Verhältnisse verlangen eine größere Erleichterung der Militärlast.

Korrespondenzen.

Hamburg, 10. September. Gestern wurde vor dem Landgericht in Altona der schon lange schwebende Strafprozeß gegen 51 Angeklagte verhandelt, welche beschuldigt werden, im Februar dieses Jahres im Landgerichts-Bezirk Altona und Hamburg durch Erscheinenlassen, bezw. öffentliches Verbreiten gleichlautender Druckschriften, im Verlage von Paul Weinheber, Hamburg, erschienen und bei J. D. B. Diez in Hamburg gedruckt, erdichtete und entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet und entstellt sind, verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Außerdem sind mehrere Angeklagte beschuldigt, durch Verbreitung der erwähnten Druckschrift auf öffentlichen Plätzen oder anderen öffentlichen Orten ohne besondere polizeiliche Genehmigung den § 29 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Okt. 1878 und den diesbezüglichen Verordnungen zuwider gehandelt zu haben.

Nach der Anklage sind am 9. Februar d. J. im 6., 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise und in Hamburg gleichlautende, die Reichstagswahl am 20. Februar dieses Jahres betreffende Flugblätter verbreitet worden, welche eine „maßlose“ Kritik der Thätigkeit des bisherigen Reichstages enthalten und sich in „Schmähungen“ von Staatseinrichtungen ergehen sollen, welche zum Theil unter Mitwirkung des Reichstages zu Stande kamen. Insbesondere sind zwei Stellen in dem Flugblatt, aus welchen die Absicht, durch Verbreitung erdichteter Thatsachen Staatseinrichtungen als aus sittlich verwerflichen Motiven hervorgegangen darzustellen, hervorgehen soll. In diesen Stellen heißt es u. A., daß die Lasten des Staates durch den Reichstag auf die Schultern des arbeitenden Volkes abgewälzt seien. Die Reichen könnten sich die theuersten Lederrosen, die feinsten Weine verschaffen; die Arbeiter seien auf Brot oder Brantwein angewiesen. Von Aulstern, die den reichen Schwelgern zu Gebote stehen, würde kein Zoll erhoben, dagegen das Stüchigen Speck, welches der Arbeiter zu seinem Brot genieße, sei durch das Schweine-Einfuhrverbot und durch die Zölle vertheuert worden. Der Kartellreichstag hätte für das arbeitende Volk

Feuilleton.

Verloren!

Aus den Papieren eines Rechtsanwaltes.
 Von Casimir Kaneman.

„Und dann?“ fragte ich.
 „Und dann würde ich in dieser Sache wohl auch ein Wortchen mitzureden haben.“
 „Zu wiesem?“
 „Nun, weil der Schritt unsere Familie kompromittiren und daher auf meine Zukunft von einem nachtheiligen Einfluß sein würde. Vielleicht haben Sie es bereits in Milan gehört, denn man spricht viel davon, daß ich vor einigen Wochen um die Hand der Baroness Klara von Eschenau angehalten und mich verlobt habe. Die Heirath kommt zu Stande und die Partie ist für mich in jeder Hinsicht eine glänzende. Niemand wird das bestreiten können. Würde sich nun mein Vater durch eine Einmischung in die schändliche Angelegenheit Gerhards kompromittiren, so müßte das die Familie meiner Braut verletzen und mich um meine schöne Aussicht bringen. Und das fehlt jetzt gerade noch! Ich meinerseits habe mich stets ordentlich angeführt und brauche nicht darunter zu leiden, daß es einem andern geschehen, sein Leben lang sich wie ein Schurke zu benehmen. Es ist genug an der Schande und Schmach, die wir bis dahin erleben mußten. Die Baroness, müssen Sie wissen, bekommt eine Mitgift von 50 000 Rubeln. Und ich

wäre doch neugierig, wie wir all unseren Verbindlichkeiten nachkommen wollen, ohne dieses Mittel. Oder will da vielleicht Gerhard helfen, vorausgesetzt, daß er freigesprochen wird?“

Dies alles brachte er so laut vor, daß die Dogge auf dem Sopha zu knurren anfing und die Bindhunde mit unheimlichem Winkeln ihr bequemes Plätzchen verließen und ihrem jungen Herrn vor die Füße sprangen. „Lothar hat die vollste Wahrheit gesprochen“, ergriff jetzt die Mutter das Wort, nachdem sie die Hunde beruhigt hatte. Sein Betragen war stets tadellos; er ist ein zärtlicher, dankbarer Sohn, auf den wir stolz sein können. Sodann sind unsere Vermögensverhältnisse in der That nicht sehr rosig, obgleich wir gewiß nicht leichtfertig wirtschaften oder einen größeren Aufwand treiben, als er unserm Stande angemessen ist. Wir versagen uns gewiß manches Vergnügen. Bedenken Sie auch die schweren Zeiten für die Landwirthschaft, die vielen Steuern und andern Lasten, welche den Gutsbesitzer drücken! Unter diesen Umständen ist die Heirath Lothars mit der Baroness von Eschenau geradezu ein Glück für ihn und wir müssen ängstlich jeden Schritt meiden, der hier zu einem Bruche führen könnte!“

„Verzeihung, Madame“, fiel ich ein, „ich kann aber wirklich nicht einsehen, wieso ein paar Worte, die der Vater des unglücklichen Gerhards mit einer unbekanntem Person wechseln würde, von so großem Einfluß auf das Gelingen oder Nichtgelingen des Heirathsplanes Ihres Sohnes sein und wie ein solcher Verkehr, der ja nur das Beste des eigenen Sohnes bezweckt, das Band zerreißen könnte, das doch, wie ich annehmen muß, die Liebe geknüpft hat!“
 „Die Liebe! Die Liebe!“ sagte Frau von Rodensfels

kopfschüttelnd, „gewiß... aber es müssen bei uns noch andere Umstände in Betracht fallen. Die Affäre Gerhards hat den alten Baron von Eschenau nicht nur betroffen, sondern geradezu empört; und wenn er trotzdem in eine Verbindung seiner Tochter mit dem Bruder Gerhards einwilligte, so geschah dies offenbar nur, weil er annahm, wir werden Gerhard nicht mehr als unseren Sohn betrachten und ihn nie wieder in unsere Familie aufnehmen.“

„Wird jetzt der Bruder freigesprochen“, fiel Lothar in's Wort in einem Tone, aus dem ich schließen mußte, es ärgere ihn eine solche Aussicht, „und kommt er zu uns zurück, dann wird der Baron ohne Zweifel unsere Verbindung rückgängig machen. Bei Gott! Das würde er thun und was hätte ich dann davon?“

„Sie sprechen es im Tone der Befürchtung aus“, erwiderte ich und sah ihm dabei scharf in die Augen, „daß Ihr Bruder freigesprochen werden könnte?“

Er schlug verlegen die Augen nieder, gleich darauf aber fuhr er, als schämte er sich dieser Regung, frech heraus.
 „Gerhard ist nicht mehr mein Bruder, und ich bin der einzige Sohn meiner Eltern. Unserer Familie können keine Verbrecher angehören.“

Nach diesem Ergüsse herzlosen Egoismus wandte ich mich an die Mutter.

„Madame, es scheint mir, Sie sind zu streng gegen Ihren Sohn. Können Sie ruhig zusehen, wie er einem Leben preisgegeben wird, welches die Qualen der Hölle in sich schließt, wie er dem Verderben und der Schmach anheimfällt und von Gram verzehrt wird, während der andere Sohn alle Freuden des Lebens, alles Glück und alle Liebe genießt, welche einem Menschen nur zu Theil werden kann?“
 „Wie sich der Mensch bettet, so muß er liegen“, bemerkte

nichts gethan, man suche dem Volke Sand in die Augen zu streuen, wenn man behauptet, daß der Staat für Kranke und Invalide Sorge, dazu müßte das Volk allein die Kosten aufbringen.

Die Angeklagten, welche bis auf zwei vollzählig erschienen, verteidigten sich, soweit sie überhaupt dazu gelangten, in freimüthigster Weise. Der Staatsanwalt beantragte für den Verleger Weinheber 6 Monate, für Patri und Ringer, welche erwiesenermaßen hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien, je drei Monate, für alle übrigen 2 Monate Gefängniß. Für den Geschäftsführer der Firma J. G. W. Dietz, Reinhard Gérard, beauftragt der Ankläger selbst Freisprechung. Das Urtheil des Gerichtes wird am nächsten Montag veröffentlicht.

Wenn auch etwas nachträglich, ist es doch vielleicht angebracht, einige Meinerungen der „Hamburger Nachrichten“ zur Kenntniß unserer Leserschaft zu bringen. Dieselben schrieben anlässlich der Vorgänge der Versammlung in Berlin, in welcher H. W. Bebel seine letzte große Rede hielt, in einem Artikel „Zur Aufhebung des Sozialistengesetzes“:

„Nur die Furcht vor der Staatsgewalt, nicht die Scheu, es auf einen in seinen Folgen unübersehbaren Versuch zum Umsturz der bestehenden Rechtsordnung ankommen zu lassen, hält die Millionen im Schach, als deren Repräsentanten die Tausende angesehen sind, die am Montag Abend im Berliner Friedrichshain durch Exzesse gegen jeden „Kompromiß“ mit der „Bourgeoisie“ protestirten. Wird ihnen diese Furcht auf irgendwelche Weise benommen, so darf man sicher sein, daß die Lust zur sozialistischen Revolution sehr bald versuchen wird, sich in Thaten umzusetzen. Herr Bebel und die Mehrzahl der älteren „Genossen“ denken wohl anders. Vielleicht wird es ihnen auch mit dem Aufgebot des Restes ihrer früher unbeschränkten Autorität gelingen, den Sturm und Drang des jüngeren Nachwuchses vorerst noch nothdürftig zu zügeln und auf dem Parteitag ihre Programm wenigstens in den organisatorischen Grundzügen durchzusetzen. Auf die Dauer aber dürfte auch ihnen das Schicksal des Goetheischen Zauberlehrlings schwerlich erspart bleiben. Schon am Montag fehlte nicht viel, und der von den Rebellen okkupirte Versammlungsaal wäre von den draußen angesammelten Parteigängern der Wille, Wagnitz u. mit stürmender Hand genommen worden, hätte sich nicht die Polizei diesem Beginnen des reichshauptstädtischen Jakobinerthums nachdrücklichst widersetzt. Der in Mißachtung und Verhöhnung aller Autorität gezogene Sozialdemokrat von heute respektirt nur noch Zwierlei: Die Flinte, die schießt, und den Säbel, der haut.“

Man sieht aus dieser Auslassung, wie man die Thatfachen in der „anständigen“ bürgerlichen Presse mit vollem Bewußtsein zu verdrängen und zu entstellen sucht. Bebel und seine Anhänger durch die Polizei geschügt gegen das reichshauptstädtische Jakobinerthum! Nicht über!

In neuerer Zeit werden in hiesigen kaufmännischen Kreisen immermehr Klagen laut über Verraubungen von „Kaufmannsgütern“ durch die im Hafen mit dem Transport der Waaren beschäftigten Gewerbetreibenden u. s. w. Solche Klagen kamen auch früher schon vor, doch scheint gegenwärtig mehr Grund dazu vorhanden zu sein. Gewiß waren und sind die Arbeiter keine Engel und sogenannter Mordraub kommt wohl überall vor. Auch erstreckten sich früher die Veruntreuungen meist auf Genussmittel, wie Kaffee, Zucker, Getränke u. s. w. Doch wurden auch diese kleinen Diebstähle in letzter Zeit seltener, als die Mehrzahl der Hafenarbeiter in Fachvereinen organisiert waren und dadurch einer moralischen Kontrolle seitens der organisierten Kollegen unterworfen wurden. Nachdem nun die ehrbare Kaufmannschaft diese Fachvereine zum Theil mit allen möglichen Mitteln zu sprengen versucht hat, hunderte der besten und treuesten Arbeiter wegen ihrer Vereinsthätigkeit oder Zugehörigkeit von der Arbeit aussperrte, wurden Arbeitskräfte aus der vorhandenen Reservearmee herangezogen. Das darunter zweifelhafteste Elemente vorhanden, kann leider nicht gezeugnet werden. Wenn nun jetzt Klagen über Veruntreuungen von Waaren in vermehrtem Maße im hiesigen Hafen vorkommen, so haben die Herren Kaufleute, Gewerbetreibende und Steuer nur die Folgen ihres eigenen Hochmuths zu tragen, mit welchen sie ihre alten bewährten Arbeitskräfte auf's Hafter warfen, die eigentliche, alte Hamburger Hafenarbeiterschaft aber muß sich ganz energisch dagegen verwahren, wenn man auf sie das Odium der systematischen Antreue zu wälzen sucht, die zum weitest überwiegenden Theile den „Scabs“, d. h. den Streikbrechern zur Last fällt.

Santiago (Chile), 23. Juli. Die südamerikanische Republik Chile ist von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Krise, welche über die übrigen Staaten Südamerikas herein gebrochen ist, keineswegs verschont geblieben, nur äußert sich dieselbe hier in einer anderen Weise, als in Argentinien und

Brasilien, weil Chile bereits ein Industriestaat ist und bei seinen jetzigen inneren Erschütterungen mit der Masse seiner Industriearbeiter zu rechnen hat. Die in Europa mehr bekannten Verhältnisse der östlichen Staaten Südamerikas können deshalb noch keinen Maßstab zur Beurtheilung der Dinge in Chile geben. In Brasilien vertritt man einen Kaiser und läßt sich dafür die Diktatur einiger Generale gefallen, man verbannt Monarchisten und Konfessionen und setzt dafür Republikaner ein, welche ganz die frühere Wirtschaft fortsetzen; thatsächlich vollzog sich in Brasilien die „große“ Revolution, ohne daß das eigentliche Volk irgend etwas dabei that. In Argentinien ist es nicht viel anders; dort sind es die Klippen von Bankiers und Börsenmännern, welche an der Spitze des Staates stehen. Alle Revolutionen, die dort ausgefochten werden, drehen sich um die Frage, welche Spekulantengruppe für einige Monate die Oberhand gewinnen soll. Wehlich liegt es in Uruguay, wo Regierungsmänner und Oppositionsführer weiter nichts als Börsenspekulanten sind, deren ganze Kunst darin besteht, auf den europäischen Geldmärkten Anleihen unterzubringen und das dadurch gewonnene Geld in ihre Taschen zu stecken.

In Chile dagegen treten andere Faktoren in den Vordergrund. Hier giebt es eine ausgedehnte Industrie, man hat Kohlen, Metalle und Mineralien, zu deren Gewinnung man Tausende von Arbeitern braucht. Argentinische Schwindelunternehmungen, d. h. die nicht existirenden Fabrikanlagen, für welche den kleinen europäischen Kapitalisten „Dummköpfen“ Hunderttausende Scheine auf Kummerwiedersehen emittirt werden, giebt es in Chile nicht, dafür aber importirt man hier aus Europa Industriearbeiter, die in eine recht traurige Lage gebracht werden. Chile ist ein schmales, im Durchschnitt nur 25 Meilen breites, langgestrecktes Land, welches nördlich bis tief in die heiße Zone hineinreicht, in seinem südlichsten Theile aber ein bereits kälteres Klima als Norddeutschland aufzuweisen hat. Dazu ist ganz Chile sehr gebirgig; das östliche Rückgrat des Landes bilden die Cordilleren. Natürlich giebt es unter diesen Umständen nicht allzu viel Ackerland, so daß dies hier ziemlich theuer ist, und die Arbeiter, wenn sie in der Industrie nicht mehr beschäftigt werden können, nicht so schnell, wie in Brasilien und Argentinien mit Kolonialloosen abgefunden werden können. Und nun ist thatsächlich in diesem Sommer die Krise in der chilenischen Montan-Industrie eingetreten und die darin beschäftigten Arbeiter werden zu Tausenden brotlos; verschlimmert wurde die Lage noch durch den unsinnigen Import italienischer Arbeiter, durch welche die Unternehmer die Löhne der einheimischen Arbeiter herabzusetzen suchten. Dies aber hat sich an der Regierung bitter gerächt, denn während der letzten Monate ist dadurch in Chile eine Arbeiterbewegung entstanden, der die Herren Staatsleiter in Santiago ebenso erschrocken wie rathlos gegenüber stehen.

Die Bewegung begann im Juni im nördlichsten Theile Chiles. In der nördlichen Provinz Iquique, welche Chile während des letzten Krieges der Nachbar-Republik Peru entziffen hat, giebt es die größten Salpetergruben der Welt, auch zahlreiche Silber- und Kupferbergwerke; im übrigen aber ist das Land eine Wüste, da die Spanier schon vor Jahrhunderten alle Waldungen zerstörten, um die Bergwerke bequemer ausbeuten zu können. Es sind nun hier etwa 40 000 Bergarbeiter beschäftigt, ursprünglich Spanier, vermischt mit den Eingeborenen, welche sich von Generation zu Generation an die Arbeit in den Gruben gewöhnt haben, in denen jeder deutsche Arbeiter, ja selbst ein Italiener in kurzer Zeit seinen sicheren Tod finden würde. Der Lohn, der diesen Arbeitern gezahlt wird, ist allerdings ein höherer, als der in Deutschland übliche, aber dafür sind alle Lebensmittel doppelt so theuer, und Kleidungsstücke kosten das Vier- und Fünffache, da in der Provinz selbst nichts gebaut und nichts produziert wird als Salpeter und Metalle. — Nun gingen in diesem Sommer die Salpeterpreise um 20 bis 25 pCt. zurück, worauf einige Bergwerksgesellschaften es für rathsam hielten, den Betrieb der Gruben einzustellen und zu warten, bis die Preise wieder in die Höhe gehen würden. Thatsächlich wurden auf diese Weise Anfang Juni an 8000 Arbeiter beschäftigungslos. — Was sollen diese nun thun? — Nachdem sie einige Wochen gefastet hatten, und die Direktoren trotz aller Bitten der Hungernden den Betrieb nicht wieder öffnen wollten, ergriff endlich die Arbeiter die Verzweiflung, sie stürmten die Grubenanlagen und zerstörten sie völlig. Dann zogen sie mit ihren Frauen und Kindern nach den anderen Gruben und verlangten, daß auch die dortigen Arbeiter aufhören sollten, was an einigen Stellen auch geschah. Polizei oder Militär war nicht vorhanden. Von den Streikenden zogen etwa 3000 Mann nach der Hafen- und Hauptstadt der Provinz, Iquique, wo die Reichichen eine Panik ergriff. Die Arbeiter aber verlangten nur Brot für sich und die ihrigen und forderten von dem Gouverneur, daß er die Grubenverwaltungen zur Wiederaufnahme des Betriebes veranlassen solle. Da sich die letzteren weigerten, zogen die Arbeiter nach dem Hafen und allen sonstigen Arbeitsstätten, und die dort Beschäftigten legten ebenfalls die Arbeit nieder. So herrschte in Iquique mehrere Tage lang der „Generallirei“, bis auf einem Kriegsschiffe von Santiago zwei Bataillone Infanterie herangebracht wurden, welche die Grubenarbeiter mit der Waffe aus der Stadt vertrieben. Wie viele dabei getödtet oder verwundet wurden,

ist hier nicht genau bekannt geworden, jedenfalls aber ist die Zahl eine recht große. Ebenso wurde Militär nach den einzelnen Bergwerken entsandt, um hier weiteren Störungen vorzubeugen; doch erreichte man dadurch keinen Zweck, da nun die Arbeiter selbst in den Gruben die Arbeit niederlegten. Gegenwärtig sind mindestens 20 000 Bergleute ohne Arbeit, denen gegenüber die in der Provinz vorhandenen 4000 Soldaten im Falle eines ernstlichen Konfliktes vielleicht den kürzeren ziehen dürften. In der Kammer, wo die Regierung über die Vorgänge mehrfach interpellirt wurde, erklärte diese wiederholt, daß sie den Truppen die strengste Befehls gegeben habe, nicht mehr aggressiv gegen die Arbeiter vorzugehen. Natürlich ist auf eine solche Versicherung nicht viel zu geben.

Die Hauptsache ist nun aber, daß sich die Arbeiter in den mittleren Provinzen des Landes, wo das Klima ein gemäßigtes ist und etwa demjenigen Italiens entspricht, mit den Bergarbeitern in Iquique solidarisch erklärten und in großen Versammlungen verlangt haben, der Staat solle ohne Weiteres diejenigen Bergwerke, welche die Besitzer außer Betrieb gelassen haben, expropriiren und die Arbeiter selbst in Verwaltung geben. Zugleich ist hierbei die Arbeiterbewegung unter den Hand- und Fabrikarbeitern in Valparaiso, Santiago und Coquimbo in Fluß gekommen, wo unter den Intelligenzien Nordamerikaner und die Deutschen vorherrschen. Es sind hiesig zahlreiche Fachvereine begründet worden, die sich in erster Linie mit der Lohnfrage beschäftigen und große gewerkschaftliche Vereinigungen nach englischen Mustern ins Leben rufen wollen.

Politische Uebersicht.

Ueber den neuen Gewerbesteuer-Gesetzentwurf hat Herr Miquel in der Sitzung der Deputirten der Gewerbesteuer-Kommission des Berliner Magistrats nähere Mittheilungen gemacht worden. Die Regierung hatte an die Deputirten bekanntlich das Ansuchen gestellt, eine vorläufige Einschätzung des neuen Planes des Finanzministers vorzunehmen. Dieses Ansuchen wurde aber abgelehnt. Der „Konfessionär“ erzählt über den neuen Gewerbesteuer-Gesetzentwurf folgende Einzelheiten: Die Einschätzung soll darnach künftig in vier Klassen erfolgen. A. I. sollen fortan Steuern Einkommen aus Gewerbe 60 000 M. und darüber oder Betriebskapital 1 000 000 M. und darüber. A. II. Einkommen aus Gewerbe 20—60 000 M. oder Betriebskapital 150 000—1 000 000 M. In A. III. Einkommen aus Gewerbe 4—20 000 M. oder Betriebskapital bis 150 000 M. In A. IV. Einkommen aus Gewerbe, Alles unter 4000 M. Gewerbe von der Gewerbesteuer befreit sollen alle diejenigen werden, deren Einkommen 1500 M. nicht übersteigt und bei welchen ein Betriebskapital von 3000 M. nicht vorhanden ist. Es ist also die bisher übliche und sehr verwickelte Besteuerung der einzelnen Gewerben (z. B. Klasse C. Gastbetriebe, Klasse H. Handwerksbetriebe u.) vollständig auf. Aus den hierzu von dem Finanzministerium gegebenen Erklärungen geht, wie der „Konfessionär“ ferner erzählt, hervor, daß fortan alle diejenigen Klassen, welche bis zu 24 M. Steuer zahlten, vollständig von der Gewerbesteuer befreit sein sollen, daß auch für die darauf folgenden Klassen eine Ermäßigung des jetzt üblichen Steuerfußes geplant ist, daß aber für alle höheren Klassen ganz bedeutende Erhöhungen in Aussicht genommen sind. Es sollen namentlich Banken, Aktiengesellschaften, Brauereien, der Großhandel und die hohe Finanz zur Gewerbesteuer höher herangezogen werden. Es sollen z. B. Geschäfte, die bisher 8—10 000 M. Gewerbesteuer zahlten, einer der höchsten bisher üblichen Sätze, fortan auf 20 bis 100 000 M. und weit darüber hinaus eingeschätzt werden können. Bisher war für die Gewerbesteuer der Geschäftsumsatz maßgebend, fortan wird das Einkommen den Anhalt für die Steuerberechnung geben.

Eine Anregung, die in der „Schw. Tagwacht“ von einem Genossen gegeben wird, verdient die Beachtung weiterer Parteikreise. Die Zuschrift, die sich mit der Parteiliteratur beschäftigt, lautet:

„Da voraussichtlich nach der Reorganisation der Partei die Verbreitung sozialistischer Literatur eine Hauptaufgabe derselben bilden wird, so möchte Einsender dieses auf einige Uebelstände in der Parteiliteratur aufmerksam machen. Es betrifft dieselbe äußere Ausstattung derselben, welche sich meistens in sehr unzureichendem Maße und ebensolchem Druck präsentirt. Es erregt meines Wissens nur eine einzige Verlagshandlung, deren Erzeugnisse sowohl was Papier als Druck anbelangt, als besser bezeichnet werden darf. Man wird zwar vielfach einwenden, daß die Ausstattung ist Nebenache, die Hauptsache ist der Inhalt. Ist aber der Inhalt gewissermaßen richtig, allein man wird zugunsten der äußeren Ausstattung, welche durch schönen Druck auf schönem Papier auch äußerlich dem gebiegenen Inhalt entspricht, viel leichter und deshalb auch in größerer Anzahl unter das Volk gebracht werden kann und daher auch dem Zweck, welcher damit erreicht werden soll, nämlich die Ideen des Sozialismus dem gesammten Volk vor Augen zu führen, besser entspricht, als eine der Schundliteratur ähn-

gereizt Lothar; der nervös mit den Berlofen an seiner Uhr klickte. Der Mutter Augen dagegen wurden feucht. Sie blickte schüchtern auf den Sohn.
„Lothar, meinst Du nicht, es sei besser, wenn wir uns noch einmal berathen über die Angelegenheit? Es ist ja doch möglich, daß der Vater etwas für Gerhard thun wird.“
„Ach, Mama! Wozu doch das ewige Hin- und Herreden, bei dem doch nichts herauskommt. Ich stehe Dir gut dafür, der Vater wird nichts machen. Uebrigens kommt es mir immer merkwürdiger vor, wie sich Jemand Fremdes in unsere Familienangelegenheiten mischen kann.“
„Lothar, Lothar!“ beschwor die Mutter. „Komm, wir wollen unter uns noch einmal über die Sache sprechen. — Sie entschuldigen einen Augenblick, Herr Doktor.“
Sie hatte sich erhoben und begab sich mit dem Sohn in das anstoßende Kabinett. Ich gab mir keine Mühe, auf das zu horchen, was nun gesprochen wurde; denn ich sah das Resultat dieser Unterredung voraus. Dagegen wurde meine Aufmerksamkeit von anderer Seite in Anspruch genommen. Hinter der verschlossenen Thür, ganz nahe mir gegenüber vernahm ich leises Flüstern, zuweilen ein Klichern. Als ich auf das Schloß sah, bemerkte ich zu meiner Ueberraschung, wie ein dunkles Auge durch's Schlüsselloch guckte.
„Was macht er?“ hörte ich jetzt eine Frauenstimme, „siehst Du ihn gut?“
„Er sieht“, wisperte eine andere.
„Wie sieht er aus, ist er jung? Daß mich mal sehen!“
„Ja, er ist jung.“
„Und hübsch?“
„Ich kann ihn nicht so gut sehen.“
„So laß doch mich auch einmal hineingucken!“
„Wit! Adelina, bleib still! Er sieht auf die Thür! Das blaue Auge verschwand und es wurde für ein paar Sekunden still.
Dann belustigte mich auf's Neue folgendes Zwiegespräch:
„Wer mag es wohl sein?“
„Ich habe keine Ahnung; ein neuer Nachbar vielleicht.“
„Das glaub' ich nicht; der Postillon hat in der Gesindestube erzählt, der Gast sei von Mitlau gekommen.“

„Deswegen kann er doch ein Gutsbesitzer sein.“
„So wollen wir hinein gehen. Geh' Adelina!“
„Nein, ich schäme mich... geh' Du zuerst!“
„Mach' doch keine Geschichten!“
„Ich sag' Dir, ich kann nicht. Marie hat mich heute so schrecklich schlecht gekümmt.“
„Glaub' doch nicht, daß er gleich auf Deine Freisprüche achtet, eitles Geschöpf!“
„Vielleicht auf Deine Tourtiere, was?“
„So mach' jetzt doch die Thür auf, ich folge Dir auf der Ferse nach.“
„Nein, Du mußt zuerst gehen, Du bist zehn Jahre älter als ich.“
„Dumme Ganz, Du!“
Mit diesem just nicht salonsfähigen Ausdruck wurde die Thür geöffnet und in den Salon traten zwei Mädchen. Die Ältere war hübsch schlank, in einem grellfarbigen Schleppkleid; die Jüngere war bedeutend kleiner und hatte ein Röckchen an, das ihr kaum bis über die Knie hinabreichte. Beide trugen eine erstaunlich hohe mit vielen Ränmen und Nadeln zusammengehaltene Frisur.
Ich erhob mich zu einer leichten Verbeugung. Darauf nickte die Ältere leicht mit dem Kopfe, während die andere etwas befangen einen neuen weißen Anzug machte und die Augenlein niederschlug. Im nämlichen Augenblick kam die Mutter in Begleitung Lothars aus dem Nebenkabinett zurück, worauf sich alle setzten. Die eine der Töchter ließ sich auf einem Fauteuil neben dem Divan nieder, die andere am Fenster hinter einem schweren unfauberen Vorhang. Die Hunde fingen nun an recht lebendig zu werden. Offenbar aus Freude an der zahlreichen Gesellschaft wuselten und knurrten sie, jeder auf seine Weise... Die Windhunde sprangen um den Tisch herum, ein gewaltiger Wachtelhund stolperte von der Chaiselongue herab und stützte dabei seine schmutzigen Vorderpfoten an den eleganten Rock Lothars; ein anderer zerrte am Kleide der Herrin, während die Dogge sich auf dem Divan der Länge nach ausstreckte, mit der Schnauze die Köpfe der älteren Mädchens beschnuppernd. Frau von Rodensfels streichelte mit unerschütterlicher Ruhe die Berberber ihrer Robe; Lothar

dagegen wurde in der Besorgniß um seine tabellose Toilette ungeduldig und wies eines nach dem andern von den bringlichen Hündchen mit dem Fuße von sich. Auch das Fräulein schien kein Vergnügen an dem Beizeutreiben der Dogge zu haben und stieß sie mit großer Anstrengung, welche ihr das Blut in den Kopf trieb, zurück. Berlegen tastete sie darauf an ihrem Kopfsputz herum und sagte dann zur Entschuldigung:
„Papa hat die Hunde so gern; auch ich mag sie wohl leiden, obgleich sie zuweilen recht zudringlich werden. Sie scheinen unsere Liebhaber nicht zu theilen.“
Ehe Fräulein Emma zu Ende gesprochen, begann die Mutter:
„Lothar hat es für das Beste gefunden, die betrübende und traurige Angelegenheit ihren natürlichen Gang nehmen zu lassen und ich theile seine Ansicht. Gott möge Gerhard seine Sünde verzeihen. Wenn uns auch vor Kummer das Herz brechen möchte, wir können ihm mit keiner Hilfe zur Seite stehen. Vielleicht ist es auch besser, wenn das verirrte Kind als wirksamste Lehre eine Strafe erhält. In der Abgeschiedenheit von der Welt, in den Tagen der Entbehrung und der Buße wird Gerhard wohl zum Besseren kommen und sich bessern.“
Die Empörung lochte in mir. Mit Mühe hielt ich an mir und versetzte mit möglichster Ruhe, aber immerhin mit zitternder Stimme:
„Wir besitzen in unserem Lande keine Strafanstalten, die zugleich Besserungsinstitute wären. Bevor Sie den unabänderlichen Entschluß fassen, Madame, dem Sohne selbst die kleine Hilfe, um die ich für ihn gebeten, zu versagen, möchte ich Sie deshalb darauf aufmerksam machen, daß Gerhard sehr wahrscheinlich zu schweren Bergwerkarbeiten verurtheilt werden wird und damit alle bürgerlichen Rechte auf immer verliert.“
Es wurde Todtenstille in dem Gemach. Lothar schauerte zusammen und schlug die Augen nieder, Frau von Rodensfels verhällte ihr Anlitz in ein Tuch und Emma blickte erschrocken zu mir auf; aus der Fensterlinde drang ein schwerer Seufzer an mein Ohr: „O mein Gott!“
(Fortsetzung folgt.)

lich
zwei
büch
gegel
„Int
stätt
pro
nehm
mit
schrei
kennt
ist n
krati
ferne
begei
deme
diese
Geist
„Die
doch
lang
genü
Bibli
zingt
für l
des
jedoch
— E
Kreuz
zum
lage
Wahl
denti
schri
Neb
Beh
com
Zeit
aus
deut
und
wur
geno
Graf
bete
süch
er a
die
geht,
lasse
gebo
luf
Wert
auch
bete
Sun
lehr
ware
dem
gibt
leit
ber
Länd
den
Der
— e
sow
Stad
wels
folgt

lich gleichzeitige Schrift, während die Mehrkosten durch den zweifelslos erheblich größeren Absatz wieder ausgeglichen werden könnten. Man vergleiche z. B. die von Herrn Geiser herausgegebene „Vollständiges Wörterbuch des menschlichen Wissens“ mit der „Internationalen Bibliothek“, welcher Kontrast in der Ausstattung, während der Preis bei beiden Werken der gleiche ist, nehmungen sein, die Sache bleibt dieselbe; Einsender will damit nur ein Beispiel anführen. Es ist bei den meisten Parteilichschriften, soweit sie der Einsender seit Anfang der siebziger Jahre kennt, der Fall, daß der Inhalt gediegen, die Ausstattung so ordinär ist wie beim gemeinsten Kolportageroman; selbst die „Sozialdemokratische Bibliothek“ macht hiervon keine Ausnahme. Dann dürfte ferner das verschiedene Format der Schriften als Mangel bezeichnet werden. Das Format der Broschüre: „Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstag von 1888“ ist ein anderes, als das der Abhandlungen vom Jahre 1888. „Die wahre Gestalt des Christentums“ wieder ein anderes Format als die „Glossen“ dazu, so daß man die letzteren zwei Schriften, welche doch zusammen gehören, nicht einmal zusammenbinden lassen kann u. s. f. Es wäre zu wünschen, daß die deutsche parteiliche Literatur in gleichem Format herausgegeben werde, hauptsächlich in Interesse derjenigen, welche die Schriften ihrer Bibliothek einverleiben wollen; und deren Zahl dürfte keine geringe sein. Es möge vielleicht des öfteren verschiedene Gründe für die Verschiedenheit des Formats, wie auch für die Qualität des Papiers und Druckes bestimmend gewesen sein, sie können jedoch nicht detariert sein, daß sie nicht gehoben werden könnten. — Sollte Vorstehendes die Anregung geben, in den betreffenden Kreisen besprochen zu werden, um in dieser Sache eine Aenderung zum Besseren zu erstreben, so wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht.

Im Dienste der Sozialdemokratie sollen die — Kolportage-Romane stehen. Diese Entdeckung verdankt man einem Herrn Müller, der Buchhändler ist und kürzlich in einem frommen Konventikel einen Vortrag über: „Die Verbreitung christlicher Zeitschriften eine soziale Aufgabe der Gegenwart“ gehalten hat. Neben anderem Unsinne leistete er sich auch diese ungeschickliche Behauptung. Gerade die Sozialdemokratie bekämpft die Schundromane, die noch immer die Feuilletonspalten „christlicher“ Zeitungen füllen.

Der Reichstag ist wieder köstlich. Nach einer Depesche aus Sanzibar ist der im Hafen von Dar-es-Salaam aufgelaufene deutsche Postdampfer „Reichstag“ unbeschädigt wieder abgenommen und in Sanzibar eingetroffen.

Sächsischer Gemüthlichkeit. Vor einigen Monaten wurde in Elterlein, im Erzgebirge, ein braver Parteigenosse begraben — ein Freund legte ihm einen Kranz aufs Grab. Das wurde von den Behörden als „grober Unfug“ betrachtet und mit 8 Tagen Gefängnis bestraft. Das Opfer sächsischer Gemüthlichkeit sitzt die 8 Tage jetzt ab — kommt er aus dem Gefängnis, so liegt er auf dem Pflaster, denn die „sächsische Gemüthlichkeit“, welche gründlich zu Werke geht, hat auch dafür gesorgt, daß er aus der Arbeit entlassen und von dem ordnungsparteilichen Geldpropheten geboykottet wurde. Diese Art des Boykotts ist kein „grober Unfug“ — strafbar ist nur der Arbeiterboykott zur Vertheidigung gegen den ordnungsparteilichen Boykott — auch das gehört zur „sächsischen Gemüthlichkeit“. Nun, der betreffende Genosse — Karl Porzges — wird nicht hungernd sterben; er wird gestählt in den Kampf zurückkehren und Dutzende von Arbeitern, die vorher indifferent waren, sind durch das, was ihm widerfahren, zur Sozialdemokratie bekehrt worden. Und wie viele Karl Porzges giebt es in Sachsen? Man sieht, die „sächsische Gemüthlichkeit“ sorgt vortrefflich für das Wachstum und Gedeihen der Sozialdemokratie. Und — auch in anderen Deutschlandern giebt zum Glück „Gemüthlichkeit“.

Der letzte amerikanische Census. Alle zehn Jahre wird in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Census aufgenommen. Der letzte fand in diesem Sommer statt. Die Resultate desselben, — entnehmen wir dem „Pittsburger Volksblatt“ — liegen jetzt, soweit die einzelnen Staaten in Betracht kommen vor, und jeder Staat weiß um diese Zeit ganz genau, wie viel er gewonnen oder verloren hat. Die vergleichende Statistik von 1890 und 1880 weist folgende Zahlen auf:

Staaten	1880	1890
New-York	6 022 400	5 082 817
Pennsylvanien	5 285 000	4 282 817
Illinois	3 801 285	3 007 871
Ohio	3 600 000	3 198 062
Missouri	2 788 000	2 188 850
Indiana	2 224 822	1 978 901
Michigan	2 175 000	1 686 987
Texas	2 142 000	1 591 749
Massachusetts	1 996 000	1 783 085
Iowa	1 920 000	1 625 615
Georgia	1 895 000	1 542 180
Kentucky	1 880 000	1 648 890
Virginia	1 878 000	1 512 565
Tennessee	1 804 000	1 542 359
Wisconsin	1 082 000	1 315 497
Kansas	1 080 000	996 096
Nord-Carolina	1 073 000	1 399 750
Alabama	1 046 000	1 262 505
Minnesota	1 415 000	780 778
New-Jersey	1 408 000	1 231 116
Mississippi	1 347 000	1 181 597
California	1 342 000	864 694
Süd-Carolina	1 194 000	995 577
Louisiana	1 122 000	989 946
Nebraska	1 105 000	452 492
Maryland	1 070 000	894 943
Arkansas	1 043 000	802 826
West-Virginien	775 000	618 457
Connecticut	780 000	622 700
Maine	638 000	648 980
Colorado	410 000	194 327
New-Hampshire	381 000	347 991
Süd-Dakota	378 000	75 116
Washington	377 000	379 493
Florida	332 000	332 256
Vermont	328 000	286 581
Rhode-Island	304 000	174 763
Oregon	181 000	146 008
Nord-Dakota	167 890	30 159
Delaware	128 000	20 789
Montana	80 000	52 710
Wyoming	79 000	62 268
Idaho	46 000	—
Nevada	—	—

Maryland, das unter den Staaten noch vor zehn Jahren den 21. Platz behauptete, ist während der Delade auf den 26. Platz zurückgedrängt worden; Minnesota, California, Süd-Carolina und Nebraska haben diesen Staat überflügelt. Die gewaltige Zunahme hat Nebraska zu verzeichnen, das noch vor 30 Jahren innerhalb der großen amerikanischen Wüste lag, deren Kulturfähigkeit allgemein bezweifelt wurde. Die veränderten Einwohnerzahlen werden auch ihren Einfluß auf die Kongressrepräsentation ausüben. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1880 vertheilte sich die Repräsentation auf 380 Mitglieder, als Repräsentationsbasis nahm man 151 325 Seelen an. Sollte diese Basis beibehalten werden, so würde infolge der Be-

völkerungszunahme die Zahl der Repräsentanten auf 425 steigen. Dieses würde aber den Kongress zu unentsam und schwerfällig machen. Sollte die Basis 181 000 werden, so würde man 347 Kongressmitglieder erwarten müssen, mit 200 000 dagegen 320. Wahrscheinlich wird die Vertretung auf 181 000 nominiert werden. Die einzelnen Staaten würden sich dabei folgendermaßen stellen:

Staaten	Künftige Vertretung	Heutige Vertretung	Staaten	Künftige Vertretung	Heutige Vertretung
New-York	33	34	Süd-Carolina	7	7
Pennsylvanien	29	28	Louisiana	6	6
Illinois	21	20	Nebraska	6	3
Ohio	20	21	Maryland	6	6
Missouri	15	14	Arkansas	6	5
Indiana	12	13	West-Virginien	4	4
Michigan	12	11	Connecticut	4	4
Texas	12	11	Maine	4	4
Massachusetts	11	12	Colorado	2	1
Iowa	11	11	New-Hampshire	2	2
Georgia	10	10	Süd-Dakota	2	2
Kentucky	10	11	Washington	3	1
Virginia	10	10	Florida	2	2
Tennessee	10	10	Vermont	2	2
Wisconsin	9	9	Rhode-Island	2	2
Kansas	9	7	Oregon	2	1
Nord-Carolina	9	9	Nord-Dakota	1	1
Alabama	9	8	Delaware	1	1
Minnesota	8	5	Montana	1	1
New-Jersey	8	7	Wyoming	1	1
Mississippi	7	7	Idaho	1	1
Californien	7	6	Nevada	1	1

Folgende Staaten würden also eine Zunahme über ihre heutige Vertretung haben: Pennsylvanien 1, Illinois 1, Missouri 1, Michigan 1, Texas 1, Kansas 2, Alabama 1, Minnesota 3, New-Jersey 1, Californien 1, Nebraska 3, Arkansas 1, Colorado 1, Washington 1, Oregon —, zusammen 20.

Folgende Staaten würden eine Abnahme von ihrer heutigen Vertretung haben: New-York 1, Ohio 1, Indiana 1, Massachusetts 1, Kentucky 1, zusammen 5.

Von der Zunahme kämen 15 auf Staaten, die gewöhnlich als republikanische gezählt werden, 5 auf demokratische. Von der Abnahme kämen 2 auf Staaten, die als republikanische gezählt werden, 1 auf einen demokratischen Staat und 2 auf zweifelhafte Staaten. Das ist wahrscheinlich das vorteilhafteste Verhältnis, welches die republikanischen Rechenmeister für sich haben herausbringen können, und eben deshalb ist von ihnen die Zahl 181 000 als Grundlage der Vertretung ins Auge gefaßt worden. Viel werden sie daran auf keinen Fall mehr verbessern können.

Da die Zahl der Statuten jetzt 44 ist, jeder Staat zwei Senatoren und in den Elektorkollegien so viele Stimmen hat, wie er Vertreter im Senat und im Hause des Kongresses hat, so würde bei einem Hause von 347 die Zahl der Präsidentswähler sich auf 435 stellen.

Von dem letzten englischen Gewerkschaftskongress wurde Frau Eleanor Marx-Aveling, Marx's Tochter, wie sie in der letzten Nummer der „People's Press“ mittheilt, ausgeschlossen, weil sie keine „Arbeiterin“ sei. Sie hatte ein regelrechtes Mandat der Londoner Gasarbeiter. Andere Damen, die ebenfalls keine „Arbeiterinnen“ waren, wurden zugelassen. Es geschah dies am ersten Tage der Verhandlungen, als das Eis noch nicht gedrochen war und der Gewerkschaftssoy noch zu triumphiren hoffte. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wäre ein solcher Akt beschränkter Intoleranz wohl unmöglich gewesen.

Der Kongress der himmlischen Gendarmerie in Sütisch, der nun zu Ende ist, zeigte, daß die soziale Frage auch auf die katholischen Parteien zurecht wirkt. Zwei Richtungen standen sich gegenüber, eine mancherliche und eine sozialreformatorische, die freilich im Ziel dasselbe wollen, die Verewigung der Knechtung der Arbeit. Aber über den Weg konnte man sich nicht einigen, und die frommen Herren gerietlich darüber in die Haare. Bei solchen Streitigkeiten wagt man die Worte nicht so vorzüglich wie sonst ab, und so konnte es kommen, daß dem Bischof Rorun aus Trier ein Geständniß entschlüpfte, das dieser geborene Diplomat gewiß gern wieder in den Haum seiner Zähne zurückwünschte. Er sagte nämlich in einer sehr erregten Debatte über die „Regelung der sozialen Zeitfragen durch die Gesetzgebung“, und wir wollen seine Worte uns zum Nutzen festnageln:

Die zur Debatte stehende Frage haben wir nicht freiwillig auf die Tagesordnung gesetzt. Die sozialistische Bewegung hat uns dazu gezwungen.

Was sagen die Liberalen Denker nun, die stets behauptet haben, die Ultramontanen hätten, bevor noch von einer Sozialdemokratie die Rede war, Arbeiterbeschwerden verlangt?

Schwäbisches. Kürzlich wurde auf der Linie Stuttgart-Friedrichshafen aus dem Postwagen ein Postbeutel gestohlen und man vernahmte einen größeren Raub an Geld. Die Ulmer „Ztg.“ meldet nun, der geraubte Postbeutel habe eine Postsendung enthalten, worunter sich die Untersuchungsakten über die schmutzigen Stuttgarter Offiziersaffären (Pä d e r a s t e y) befanden! Der Verlust verursachte „Aufregung“. Ein Nachwächter sei verhaftet worden.

Im billigen Mehl aus dem österreichischen Grenzbezirk zu holen, durchwaten die armen Leute der oberösterreichischen Grenze bei Myslowitz täglich den Przemsa-Fluß, nachdem man ihnen verboten hat, die Eisenbahnbrücke über die Przemsa bei Jenstor zu benutzen. Jetzt ist nach der „Volksz.“ den Leuten auch der Weg durch das Wasser verboten worden. Aber die Noth macht erfinderisch. Um den Leuten das Einbringen der zollfreien Mehlquanten dennoch zu ermöglichen und ohne daß sie den weiten Weg über Wyssok-Brzyg machen müssen, ist nämlich sowohl am österreichischen als auch am preussischen Ufer je ein Pfahl aufgestellt, an welchem eine Beine angebracht ist, die mit einem Korbe versehen ist. In diesem wird das Mehl hinüber- und das Mehl herübergeholt. Für diese Beförderung werden für jedes Mal 2 Pfennige gezahlt und Hunderte von Menschen haben in den letzten Tagen Mehl auf diese Weise herübergeholt. Kein Wunder, denn drüben kosten 2 1/2 Kilogr. 50 Pf., diesseits aber müssen 2 1/2 Kilogr. desselben Mehles mit 85 Pf. bezahlt werden.

Großbritannien.

Ueber die Vorgänge in Southampton liegen folgende Meldungen des „B. L. B.“ vor: Southampton, 10. September. Heute wurden 8 Personen wegen der gestrigen Ruhestörungen verhaftet. Infolge der noch immer aufgeregten Stimmung der Bevölkerung sind noch 250 Soldaten hierher beordert; außerdem kreuzen zwei Kanonenboote im Hafen, um die Ausstellung von Wachtposten seitens der Streikenden von der Wasserseite zu verhindern. Heute Morgen wurde eine höhnende Menge vor dem Hause des Bürgermeisters ohne Mähe vom Militär zerstreut. Ein heute Nachmittag stattgehabter Umzug der Gewerksvereine ist ohne Ruhestörungen verlaufen.

Southampton, 11. September, Morgens. Die Ruhestörungen haben sich Abends wiederholt. Das Militär säuberte mehrere Straßen mit aufgeschlagenen Bajonetten. Am Mitternacht war die Ruhe hergestellt. Das Militär bewacht die Zugänge zu den Docks und die Hauptverkehrswege.

Schweiz.
Zürich, 7. September. Die Differenzen im Schooße der deutschen Sozialdemokratie haben auch hier einen Wellenschlag hervorgerufen. Die Herren Kampfmeyer und Müller studiren in Zürich und gehörten der hiesigen Sektion der deutschen Sozialdemokratie an. Die Züricher Sozialdemokraten fühlten sich daher besonders dazu berufen, in der Frage Stellung zu nehmen. Gestern Abend fand im Vereins Hause des deutschen Vereins unter sehr großer Beteiligung der Arbeiter eine öffentliche Versammlung statt, worin Herr Mans in etwa 1 1/2 stündigen Vortrag die neuesten Vorgänge innerhalb der Sozialdemokratie besprach und auf das Allerentschiedenste die Angriffe auf die Fraktion zurückwies. Dabei kam Herr Kampfmeyer besonders sehr übel weg; es wurde ihm ein Spiegelbild seines unruhigen Verhaltens in der hiesigen Partei vorgehalten, das bei den Arbeitern ein solches Mißfallen erregte, daß Herr Kampfmeyer sich zum Austritt gezwungen sah. — An den mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine bis nach 1 Uhr dauernde Debatte. Schließlich wurde mit allen gegen 5 Stimmen von der Versammlung der Fraktion ein Vertrauensvotum ertheilt.

Frankreich.
Paris, 10. September. Das Journal „Paris“, das heute mit der Veröffentlichung geheimer Papiere über den Boulangismus beginnt, reproduziert zunächst ein Schreiben des Baron Mackau an Graf Dillon, in welchem Winte ertheilt werden, wie Boulanger vor den Wählern auftreten sollte.
St. Etienne, 11. September. Die Vererdigung der Opfer der letzten Explosion hat zu einer großen Kundgebung auf dem Friedhofe Anlaß gegeben. Zwei Arbeiter ergriffen bei der Beerdigung das Wort und wiesen mit großer Erbitterung auf die Fahrlässigkeit der Grubenverwaltung hin.

Belgien.
Mons, 11. September. In der Kohlengrube Agrappe bei Frameries wurden gestern zwei Arbeiter durch schlagende Wetter getödtet. Alle Arbeiter wurden sofort aus den Gruben zu Tage gefördert.

Italien.
Rom, 10. September. Der republikanische Verein „Salilla“ wurde aufgelöst, weil er am vergangenen Sonntag eine Gedenkfeier zu Ehren Garibaldi's zuwider dem Verbot veranstaltet hatte. Bei einigen Mitgliedern des Vereins fanden Hausdurchsuchungen statt, die indessen resultatlos verliefen.

Spanien.
Madrid, 10. September. Aus Valencia werden heute 24 Cholerafälle gemeldet, darunter sieben mit tödlichem Ausgang.
In Malaga und den benachbarten Ortschaften fand heute früh ein starkes Erdbeben statt, welches jedoch keinen Schaden anrichtete.

Rußland.
Ueber das Nihilisten-Attentat in Nischnei-Novgorod geben der „Frankf. Ztg.“ auf indirektem Wege folgende aufklärende Mittheilungen zu: Der Attentäter Vladimir in Nischnei-Novgorod legte bei dem sofort nach dem Attentat vom Gouverneur Baranow angeordneten Verhör seiner That politische Motive unter und erklärte, daß er die Dynastie der Romanow's hasse und vom Erdboden vertilgen möchte; gegen Baranow persönlich habe er nichts, sondern er habe das Attentat nur auf den Gouverneur als den Vertreter der genannten Dynastie und deren Interessen versucht. Baranow soll darauf gesagt haben: „Dann ist unsere persönliche Rechnung abgeschlossen; das Weitere überlasse ich dem Prokurator.“ Die Gendarmerie hat sich auch bereits der Sache bemächtigt.

Angesichts dessen wird es begreiflich, daß sich der Jaren-umgebung wieder die krankhafte Furcht vor den Nihilisten bemächtigt hat. Wie dem „Nijewskoje Slowo“ (Niewer Wort) aus Nowo, dem im Gouvernement Polshynien an der galizischen Grenze gelegenen jetzigen Hauptquartier des Kaisers Alexander III., geschrieben wird, hat die Polizei von Nowo alle Hausbesitzer und Wohnparteien dieses 15 000 Einwohner zählenden Städtchens durch eigene Unterschriften verpflichtet, während der ganzen Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Nowo, d. i. vom 9. bis 14. d. M., keiner einzigen Zivilperson Wohnung und überhaupt Unterstand, sei es auch nur für wenige Stunden zu gewähren und jede Zivilperson, welche Unterstand verlangen werde, sofort der Polizei anzuzeigen. Der Korrespondent des genannten russischen Blattes begründet diese strenge polizeiliche Maßregel damit, daß in Nowo wegen der Anwesenheit der kaiserlichen Familie und vieler Generale und Offiziere der Mandatvertruppen Mangel an freien Wohnungen sein werde und versichert, daß schon am 4. d. ein Zimmer mit 80—40 Rubel für die Zeit vom 6. bis 14. d. M. bezahlt wurde. Es ist aber auffällig, warum die Nowoer Polizei die Hausbesitzer und Wohnparteien des Städtchens verpflichtet hat, über jede sich bei ihnen meldende fremde Zivilperson eine Anzeige zu erstatten. Jedenfalls geschah diese polizeiliche Maßregel aus Furcht vor den Nihilisten, deren Anwesenheit die russische Polizei eben auf jedem Fleck des großen russischen Reiches wittert.

Balkanländer.
Ein armenischer Korrespondent meldet den „Daily News“: Die türkische revolutionäre Partei richtete ein Manifest an die mohamedanischen Unterthanen, worin die armenischen Demonstrationen vollkommen gebilligt und alle ehrlichen Mohamedaner aufgefordert werden, die korrupte Verwaltung zu stürzen und mit den Armeniern gegen den gemeinsamen Feind, die tyrannische Bureaucratie, vorzugehen.

Amerika.
Washington, 10. September. Der Senat hat die Tarifbill mit 40 gegen 29 Stimmen angenommen.

Australien.
Melbourne, 10. September. Der Streik soll nach einer Meldung des „B. L. B.“ teilweise gescheitert sein. Eine Anzahl Arbeiter aus New-Seeland hat die Arbeit in Brisbane, Queensland, wieder aufgenommen. Die Offiziere der Handelsmarine haben den Wunsch ausgedrückt, ihren Dienst wieder anzutreten. Morgen soll eine Versammlung der Streikenden in Sydney abgehalten werden, in welcher die Grundlage für Unterhandlungen mit den Arbeitgebern beraten werden soll.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Glavierarbeiter und Fernsegenossen Berlins fand am Dienstag, den 9. September, in den Zentral-Festhallen, Oranienstraße, statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Stadtverordnete Herr Fritsch eine beifällig ausgenommene Rede über: „Der Werth des Achtstundentages und die Ueberarbeit bei besserem Geschäftsgang“. Der Redner legte dar, daß der Gedanke der Verkürzung der Arbeitszeit kein neuer sei. Schon die Innungen wären gegen Ende des Mittelalters, wenn auch unbelohnt, bestrebt gewesen, die Arbeitszeit zu verkürzen, und jede Verlängerung derselben zu verhindern. Das strenge Einhalten des blauen Montags zu jener Zeit lege hiervon Zeugnis ab. Als im Jahre 1863 die sogenannte moderne Arbeiterbewegung ankam, wurde der Vorschlag, bestanden die Forderungen der Arbeiter hauptsächlich in der Erhöhung des Lohnes; aber von den fortgeschrittenen Arbeitern wurde auch damals schon die Verkürzung der Arbeitszeit als die maßgebendste Forderung aufgestellt. Jetzt, hauptsächlich nachdem die dort vertretenen gewesene Arbeiterschaft aller Kulturländer auf dem Pariser

*) Beide Dakotas zusammen 185 177.

Kongress die Forderung des Achtstundentages offiziell als in erster Linie stehend anerkannt habe, werde sie von fast allen Gewerkschaften Deutschlands aufgestellt. In Australien werde schon lange nicht länger als acht Stunden gearbeitet, ohne daß Industrie und Arbeiterschaft dadurch materiellen Schaden habe. Auch Amerika habe viel davon gewirkt. Leider habe die Chicagoer Bombenaffäre einen Rückschlag bewirkt, von dem sich die Bewegung jetzt langsam erhole. Referent kommt nun auf die Ueberzeitarbeit zu sprechen und weist an der Hand statistischen Materials nach, daß, wenn die von 25 948 Tischlergehilfen geleistete Ueberzeitarbeit, von der auf jeden derselben 165 Stunden jährlich kommen, fortzufallen, schon weitere 389 Gehilfen ein Jahr durch täglich 10 Stunden beschäftigt werden könnten. Nach weiterem Material könnten allein schon in Dresden 194 Gehilfen mehr jährlich beschäftigt werden, wenn nicht Ueberzeit gearbeitet werde. Es werde nötig sein, auch in der Instrumentenbranche die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Borerst müsse man sich dafür sorgen, daß in der kommenden Saison nicht über Feierabend gearbeitet werde. Man dürfe sich allerdings nicht über Achtstundentag eine vollständige Befreiung unserer Verhältnisse verprechen; derselbe bedeute bloß einen Schritt weiter zur Erreichung unseres Zieles. Vor allen Dingen müssen die Gewerkschaften gestärkt werden, ihrer bedürfen wir als hauptsächlichstes Mittel dazu. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Breh, Schong, N. Schmidt, Ewer, Blochy und Kridiger. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: Die heutige Versammlung der Klavier- und Klaviatur-Mechanik-Arbeiter beschließt: Mit Rücksicht darauf, daß jetzt von verschiedenen Fabrikanten das Verlangen an die Arbeiter gestellt wird, die Arbeitszeit zu verlängern, ebenso Sonntags zu arbeiten, ist dahin zu wirken, daß dieses Verlangen zurückgewiesen wird. Ferner beschließt die Versammlung, dem Beschlusse der Maiversammlung Geltung zu verschaffen, welcher dahin lautete, die Verkürzung der Arbeitszeit in allen Fabriken anzustreben. Ferner erklärt die Versammlung, daß alles, was die Ar-

beiter sich errungen haben, sei es Verkürzung der Arbeitszeit, oder andere Errungenschaften, nur durch eine feste, starke Organisation auf die Dauer erhalten und gefördert werden kann und verpflichten sich die Anwesenden, sich einer solchen anzuschließen, um dann geschlossen der Ausbeutungswuth der Fabrikanten ein energisches Halt zu gebieten. Die zweite Resolution lautet: Da die Verammlung einen unerwartet schwachen Besuch hat, um Stellung zur Verkürzung der Arbeitszeit zu nehmen, ist das Bureau zu beauftragen, eine neue Versammlung einzuberufen und vorher die Kollegen in den Arbeiterblättern durch einen aufklärenden Artikel darauf hinzuweisen.

Der Allgemeine Deutsche Sattlerverein (Filiale Berlin) hielt am 6. September seine regelmäßige Versammlung bei Meyer, Alte Jakobstraße 83, ab, in welcher der Zentralvorstand die Mittheilung eines ausführlichen Situationsberichts über die bisherige Thätigkeit des Vereins gab. Die Gründung des Vereins erfolgte auf Beschluß des Dresdener Kongresses am 6. Juli vorigen Jahres zu Berlin. Es schlossen sich im Laufe der Zeit folgende Städte an: München, Hannover, Bremen, Karlsruhe, Hamburg, Magdeburg, Straßburg, Zeitz, Köln a. R., Elberfeld, Barmen, Brandenburg, Braunschweig, Kassel, Stuttgart, Kiel, Heilbronn, Stettin, Potsdam, Königsberg i. P., Neumünster, Uetersen, Mainz, Meiningen, Essen a. R., Ober-Ramstadt und Gießen. In Dresden und Leipzig konnten auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes keine Filialen gegründet werden und mußten die dortigen Kollegen als Einzelmitsglieder beitreten. Die gesammte Mitgliederzahl beträgt 2283.

Reiseunterstützung wurde an 98 Mitglieder verabfolgt. Streiks kamen in folgenden Filialen zum Ausbruch: München, Leipzig, Kassel, Ober-Ramstadt, Brandenburg und Meiningen. Die Erfolge dieser Streiks sind durchweg befriedigende zu nennen. Redner kommt zu dem Schlusse, daß wir mit der Entwicklung des Vereins zufrieden sein können, jedoch muß noch viel getan werden, um den Verein zu einer solchen Macht zu gestalten,

etwas Mächtiges leisten zu können. In der Diskussion betont Meurer hauptsächlich, daß wir durch den Verein Fühlung mit den indifferenten Kollegen haben und daß die Gewerkschaftsbewegung die Vorschule für die politische Bildung sei. Unter Verschiedenem kam ein Fall zur Sprache, welcher so recht kennzeichnend, wie sich die Unternehmer im Konkurrenzlampfen gegenseitig aufreiben. Ein Meister in Reiffe hatte Aputionsarbeiten von Schanzzeugen übernommen für den Preis von 75 Pf. pro Stück, dieser Preis war vom Ministerium bewilligt, trotzdem dieser Preis so gering war, daß derselbe nicht zurecht kommen konnte und sich um Zuschuß an die betreffenden Regimenter wandte, erbot sich doch ein anderer Unternehmer, die Arbeit pro Stück für 35 Pf. machen zu wollen. Also über die Hälfte billiger.

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins und Umgegend tagte am Mittwoch, den 8. September, in Rehlitz Salon, Bergstraße 12. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom deutschen Stellmacherkongress. 2. Die Berliner Streit-Kontrollkommission. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Kollege Singel stellte gleich nach der Eröffnung den Antrag, die Versammlung wieder zu schließen und in nächster Zeit eine neue einzuberufen und für bessere Beteiligungen zu sorgen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nachdem nun die Kollegen Singel, Rehel und Höhne in das Bureau gewählt waren, erhielt Kollege Jachau das Wort zur Abrechnung der freiwilligen Beiträge zur Deckung der Unkosten vom Deutschen Stellmacherkongress. Die Einnahme betrug 75 M. 55 Pf.; die Ausgaben 70 M. 90 Pf.; mithin ergibt sich ein Ueberschuß von 4 M. 25 Pf. Hierauf wurde nun zum Punkt 2 der Tagesordnung geschritten. Kollege Rehel führt an, daß man in der letzten Versammlung der Berliner Streit-Kontrollkommission beschloß, daß jedes Gewerk eine Kleinigkeit dazu beitragen soll, um die Unkosten der Versammlungen zu decken. Hierzu wurden vom Ueberschuß des Sommerfestes 10 M. bewilligt.

Theater.
Freitag, den 12. Septbr.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Romeo und Julia.
Berliner Theater. Der Schriftstellerstag.
Deutsches Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Lesing-Theater. Die Ehre.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Die Puppenfee. Vorher: Leichte Kavallerie.
Wallner-Theater. Ransell Montouche.
Viktoria-Theater. Die Million, oder: Bivat Imperator.
Rehden-Theater. Marquise.
Sellalliance-Theater. Der Dorfseufzer.
Ostend-Theater. Die Lieder des Musikanten.
Kroll's Theater. Johann von Paris.
Thomas-Theater. Der Alpenkönig und der Menschenfeind.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Hausmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Auftreten der Chansourette Fräulein Ehrenfeld.
Auftreten der Kostüm-Soubrette Fräulein Rosa Valerio.
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Ziegler.
Auftreten des Malabaristen und Equilibristen Mr. Charles.
Auftreten des Professor's Herrn Joan Clormont mit seinen dressirten Schweinen, Esel und Gänzen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 60 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
Der Garten ist an Vereine f. Sommerfestlichkeiten m. Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Hödmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Bahnhofs-Export-Vier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
F. Müller.

Gratweilige Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Kunst-Direktor G. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 8 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
F. Sadtke.
Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. (1677a) **Pollak, Georgenkirchstr. 24 II.**

Fachverein der Tischler.
Heute, Freitag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28:
Vorstands-Sitzung.
Montag, den 15. September, Abends 8 1/2 Uhr, in „Gausouci“, Kottbuserstraße 4a:
Grosse Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Befreiung der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen und für die Emanzipation der Arbeiterklasse, mit besonderer Berücksichtigung unserer ferneren Thätigkeit nach dem Sozialistengesetz. Referent: Th. Glöde.
2. Der Arbeitsnachweis und die Nothwendigkeit desselben für unsere Bewegung. Referent: E. Wiedemann.
3. Diskussion. 4. Die Unfälle des Einzelens. 5. Verschiedenes.
6. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten.
Die Mitglieder des Vereins werden ersucht und verpflichtet, nicht nur selbst vollständig zu erscheinen, sondern auch alle dem Verein fernstehenden Kollegen zum Besuch dieser Versammlung anzuhalten.
Der Vorstand.

Achtung, Textilarbeiter!
Grosse öffentliche Versammlung der Weber, Weberinnen u. verw. Berufsg. Kirdorfs u. Umg.
am Sonntag, den 14. September 1890, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Hoffmann's Salon, Kirdorf, Bergstraße 133.
Tagesordnung: 1. Berufstatistik. 2. Die Mac Kinley-Bill (Zolltarif) und die Nothlage der Weber in Deutschland. Referent: Herr Mehnert. 3. Diskussion. 4. Bericht der Delegirten der Berliner Streit-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. Gäste haben Zutritt.
Der Einberufer.

Grosse öffentliche Versammlung der Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend
Sonntag, den 13. September 1890, Abends 8 Uhr, bei Jentler, Mühlstraße Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Der Streik bei Herms. 2. Vorlegung des neuen Lohntarifs. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer. Dpiz.

Freie Vereinigung der Banarbeiter.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 14. September, Vormittags 11 Uhr, in Schaeffer's Salon, Inselstraße 10.
Tagesordnung: 1. Kann die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ohne seine Einwirkung gebessert werden? Referent: Otto Heindorf. 2. Wahl eines zweiten Kassiers. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große Versammlung des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter für Johannisthal und Umgegend
am Sonntag, den 13. September 1890, Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Henneberg zu Johannisthal.
Tagesordnung:
1. Vortrag: Gewerkschaftliche Organisation und Unternehmerverbände. Referent: Herr Paul Litzin-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 4. Aufnahme von Mitgliedern.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Albert Auerbach.
Kottbuser Damm 7 (nahe der Kottbuser Brücke).
Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.
Spezialität: Herrenstiefel, genagelt und auf Rand. Pferdeabgeld vergütet.
Passage I. Et. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdig. d. Residenz. Diese Woche: IV. Cycl. Hochinteressant!
Erinnerungen v. Feldzug 1870/71. Zum 1. Mal:
Insel Cypern und Syrien.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.
Umzugsg. 1 Sopha z. o. Zimmerst. 50, 1 r

Bekanntmachung.
Zentralfranken- und Sterbefasse der Tischler u. j. w.
(Oertliche Verwaltung Berlin G.).
Die Sprechstunden des Bevollmächtigten und Ortskassiers sind in den Wochentagen außer Sonnabend Abend, des Bevollmächtigten H. Ratusch, Remelerstr. 8, Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 7-8 Uhr; des Ortskassiers Franz Hartung, Langestraße 66, v. II, Mittags von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr, Abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr. Die Krankengeld-Auszahlung findet Sonntags früh von 8-10 Uhr Bismarckstraße 17, statt, wo zugleich auch andere Kasienangelegenheiten mit erledigt werden.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Steinmetzen!
Sonntag, den 14. Septbr., Vormittags 10 Uhr, findet eine Innungsgesellenversammlung im Lokal Königshof, Bülowstraße Nr. 57, statt.
Tages-Ordnung:
Lohnfrage und Verschiedenes. — Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber sollte kein Steinmetz versäumen, zu erscheinen.
Der Ausschuss.

Fachverein der Kernmacher und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 13. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gnadt, Brunnenstr. 38:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Ergänzungs-Wahl eines 2. Schriftführers. 4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Fachv. der Rohrleger und Helfer.
Versammlung
am Sonntag, den 14. Septbr., Vormittags 10 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung:
1. Wie verhalten wir uns zu den Beschlüssen des Weimarer Kongresses und zu dem Aufruf des Vertrauensmannes der Klempner und Installateure Deutschlands? 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes.
NB.: Pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines Jeden. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinderkleider und Jacken für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröde, Unterröde, Trifottailen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.

Unserem Kollegen und Genossen dem rothen
Karl Unverfäth
(gen. Unverschäm!) zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch! daß die ganze Bude wackelt und vor lauter Stoff herläuft wird.
F. H. W. St. O. J.

Unserem wackeren Freund und Genossen **Karl Unverfäth** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes dreifaches Hoch!
Die Revolutionären aus Süd-Ost.
G. L. S. B. S. E. R. B. P.

Unserem Freunde und Genossen, dem Klempner **Otto Kunze**, gen. Märchenbürger, ein donnerndes Hoch! zum heutigen Wiegenfeste.
Friede, geh'n wir heut bei Piefels!
E. R. F. A. T.

Hugo Hahn.
Ich wünsche meinem Kollegen zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! damit die ganze Bismarckstraße wackelt.

Orts-Krankentasse der Steindruck- und Lithographen.
Am 10. September cr. verstarb unser Mitglied, der Steindruck Herr **Paul Baumgart.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Sorauerstraße 50, aus nach dem Emmauskirchhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am 9. d. M. verstarb nach schweren Leiden mein lieber Mann, der Schlosser **Theodor Klein.**
Die tiefbeträubte Gattin Therese geb. Braßler nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus statt. [1789]

Polstermöbel,
einfach und elegant, hält vorräthig und liefert nach Bestellung solid und billig.
C. Wildberger,
Tapezier und Dekoratur, (1833) 60, Kommandanten - Straße 60.
Aufpolstern von Sophas und Polstern wird prompt und billigst besorgt.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Grösste Auswahl.**
Garantirt scharf brennende **Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1893 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt.

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in **Sommer-Paletots, Rock- und Jacket-Anzügen**, sowie einzelnen Hosens, Röcken, Jackets, Westen u.; ferner Damen-Mäntel und Kleider, Stiefel, Hüte, Betten, Wäsche, Uhren, Reifeln u. Holzsoffer u. s. w. Alles in alt u. neu! Kaufe sämtliche Sachen auf Funktionen und von Leihhäuern; auch sind verfallene Pfänder dabei, daher sehr billige Preise.
A. Bergien, Skalierstr. 127.
Bitte recht genau auf Namen u. Placatnummer zu achten.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 212.

Freitag, den 12. September 1890.

7. Jahrg.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 11. September.

Der Vorsitzende, Stadtv. Dr. Struck, wird die Sitzung nach 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen eröffnet. Die Abteilungen haben vor der Sitzung zwei Ausschüsse gewählt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Wahlen vorgenommen.

Es werden gewählt:

In den Ausschuss für Rechnungssachen: Stadtv. Über.

In die Deputation für Gesundheitspflege: Stadtv. Vulle.

In die Straßenreinigungs-Deputation: Stadtv. Mantel.

In das Viehhof-Skuratorium: Stadtv. Kalisch.

In die Wasserverwaltung: Stadtv. Witte.

In die Finanzdeputation werden zwei Mitglieder entsandt.

Stadtv. Fürst und Vortmann.

Außerdem werden noch die Herren Baumeister Knoblauch und

Wohlfahrt als Bürgerdeputierte für das Skuratorium

zur Handwerkschule gewählt.

Die Vorlage, betreffend die Herstellung eines Wassersturzes

im Viktoriapark und die Vergrößerung des Parkterrains giebt zu

einer Debatte Anlaß.

Stadtv. Ranslau und Cassel glauben, daß die Vor-

setzung durch einen Ausschuss notwendig sei.

Stadtv. Singer hat erwartet, daß die Vorlage mit mehr

Sympathie von der Versammlung aufgenommen würde, wie es

den Anschein hat. Die Erweiterung des Parks liegt im Interesse

der dort wohnenden Bevölkerung, und da ist die finanzielle Seite

der Frage nicht in den Vordergrund zu drängen. Die Vorschläge

des Magistrats dienen nicht nur zur Verschönerung des Stadt-

gebiets, sondern zur hygienischen Verbesserung. Derartige Vor-

lagen sollen nicht mit süßsaurer Miene, sondern mit Freude be-

trachtet werden.

Stadtv. Loewel erklärt der Vorlage sympathisch gegenüber

zu stehen.

Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wird an-

genommen.

Es folgt die Berichterstattung des Wahl-

prüfungsausschusses über den Protest gegen die Wahl

des Redakteurs Dr. Wachler zum Stadtverordneten. Der In-

halt des Protestes und das Ergebnis der vom Ausschuss vor-

genommenen Prüfung ist bekannt: Der Ausschuss beantragt die

Wahl des Dr. Wachler zum Stadtverordneten für ungültig zu

erklären.

Hierzu sind aus der Mitte der Versammlung folgende An-

träge eingelaufen:

I.

Der Unterzeichnete beantragt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen,

den Protest gegen die im 32. Kommunal-Wahlbezirk der

III. Abteilung erfolgte Wahl behufs Vervollständigung des

Materials und zu erneuerten Prüfung an den Ausschuss

zurück zu verweisen.

gez. Vailieu.

II.

Ich beantrage folgende Beschlußfassung:

Vor der Versammlung über die Gültigkeit oder Un-

gültigkeit der Wahl des Redakteurs Dr. Wachler zum

Stadtverordneten entscheidet, ersucht sie den Magistrat:

a) die Vernehmung durch protokolllarische, möglichen-

falls zeugeneidliche Vernehmung des Stadtverordneten

Prehel und des Vorstehers des 37. Stadtpostamtes,

sowie durch Einholung einer amtlichen Auskunft der

kaiserlichen Ober-Postdirektion resp. durch sonstige

geeignete erscheinende Beweiserhebungen zu ergänzen,

sofern aber

b) die Verhandlungen dem Ausschusse behufs erneuter Ver-

rathung und Berichterstattung zugehen zu lassen.

gez. Spinola.

III.

Die Versammlung wolle beschließen:

1. Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des

Stadtv. Dr. Wachler aufzuheben;

2. den Magistrat zu ersuchen:

a) eine amtliche Auskunft über den Inhalt des im April

oder Mai d. J. von dem Stadtv. Prehel an den

Ober-Postdirektor Schiffmann gerichteten Schreib-

zens, betreffend die Stichwahl im 32. Gem.-Wahlbezirk

III. Abteilung, einzuholen;

b) die Ober-Postdirektion um Auskunft darüber zu ersuchen,

ob und welche Folge der Ober-Postdirektor Schiff-

mann diesen Schreiben gegeben hat;

c) den Stadtverordneten Prehel über den Inhalt seines

an den Ober-Postdirektor Schiffmann gerichteten

Schreibens vernommen zu lassen;

d) den Vorsteher des Postamtes Nr. 37 darüber vernehmen

zu lassen, ob er von dem Ober-Postdirektor Schiff-

mann eine, die Stichwahl im 32. Gem.-Wahlbezirk

III. Abteilung betreffende Verfügung erhalten, und

welche Folge er derselben gegeben hat.

Berlin, den 9. September 1890.

gez. Singer, Klein, Zubeil.

Prof. Vogt, Zuhaver, Gnadt, Tempel.

Heindorf, Stadthagen.

Berichterstatter des Ausschusses ist der Stadtv. Dr. Hermes,

Stadtv. Dr. Hermes: Das Bedürfnis nach Vervoll-

ständigung des Materials wird, wie die Anträge beweisen, auf

worden, seinen amtlichen Einfluß zu Gunsten der Kandidatur

Wachler aufzubieten? Die „Freis. Ztg.“ veröffentlichte ein von

Herrn Joseph fabriziertes, Herrn Stadtv. Prehel untergeschobenes

Schreiben an Herrn Schiffmann. Herr Prehel berichtete sofort.

Vernommen wurde er wieder vom Magistrat nach vom Ausschuss.

In der That hat Herr Prehel etwas ganz anderes geschrieben,

als was ihm untergelegt wird. Ich bin nicht befugt, das

Schreiben heute ganz zu verlesen. (Rufe: Aha!) Die in Frage

kommende Stelle aber lautet: „Meine ergebene Bitte geht dahin,

die anliegende Wählerliste zu theilen und den Abteilungs-

vorständen anheimzugeben, den Postbeamten zur Theilnahme

an der Wahl eine halbe Stunde frei zu geben.“ In

dem Brief steht kein Wort davon, daß Schiffmann die Postbeamten

auffordern sollte, für den „königstreuen Kandidaten, den Bürger-

parteieller Dr. Wachler, zuzustimmen. Der Ausschuss hat auf eine

Prüfung dieser Thatsachen leider kein Gewicht gelegt, sondern

das Ergebnis in's Auge gefaßt. Sehen wir uns dieses Ergebnis

an: Es wird als Folge der amtlichen Wahlbeeinflussung be-

zeichnet, daß sich die Zahl der für Wachler stimmenden Postbeamten

bei der Stichwahl verdoppelt hat. Nun hat sich die Zahl der

Wachler'schen Wähler überhaupt verdoppelt von 408 bei der

Hauptwahl auf 816 bei der Stichwahl. Wieviel Postbeamten

haben nun überhaupt gewählt? Von 254 nur 95. (Ruf:

Das beweist ja gerade den amtlichen Druck.) Andere

Kategorien Wachler'scher Wähler haben sich bei der Stich-

wahl nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht. Bei

der Hauptwahl haben 10, bei der Stichwahl 32 Schuhmacher für

Wachler gestimmt. Wo ist denn da der amtliche Druck? Der

Sieg Wachler's ist nur die Folge unserer Agitation. Ich bitte,

die Angelegenheit noch einmal zu prüfen, damit vollständiges

Licht, vollständige Klarheit geschaffen wird.

Stadtv. Dr. Horwik: Deshalb hat der Stadtv. Vailieu

den ganzen Brief nicht verlesen? (Rufe: Sehr richtig.) Die An-

gelegenheit liegt so klar, daß schon heute entschieden werden kann.

Wir dürfen aus der Wahlfreiheit keine Komödie machen. Herr

Prehel konnte schreiben, was er will. Daß er den Brief aber in

einer anderen Intention an den Ober-Postdirektor geschrieben hat,

als alle Mann mobil zu machen für seinen Freund Wachler, das

wird er selber zugeben. (Sehr richtig!) Das eine Wort, daß der

Ober-Postdirektor Körper zugiebt, daß es im Brief gestanden, das

Wort „königstreuen“, genügt, um den Brief und seine Wirkung zu

charakterisieren. Höher als alle Kalkulationen steht das Prinzip,

daß sich keine Behörde in die Wahl einzumischen hat. Die An-

gelegenheit muß schnell entschieden werden, kein Bürger soll hier

seinen Vertreter entbehren. Deshalb bin ich für sofortige Ent-

scheidung ohne weiteren Ausschub.

Stadtv. Spinola: Wenn eine große Anzahl Mitglieder

die Angelegenheit für nicht genügend aufgeklärt hält, sollte man

diesem Wunsch Folge leisten. Vermeiden wir den Schein, als

wollten wir die kleine immer verschwindende Minorität der

Freunde des Herrn Wachler bedrücken. Die bisherige Beweis-

aufnahme ist lüdenhaft, sie muß ergänzt werden. Herr Vailieu

hätte vor Wochen schon jenen Brief dem Ausschuss zugänglich

machen müssen.

Stadtv. Neumann glaubt aus voller Ueberzeugung für die

Ungültigkeit der Wahl schon heute stimmen zu können. Das

Schreiben des Stadtverordneten Prehel an die Ober-Postdirektion

wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgeliefert werden. Die

zeugeneidliche Vernehmung des Stadtv. Prehel ist überflüssig,

weil die Aussage des Ober-Postdirektors Körper vorliegt. Es ist

hier eine Wahlbeeinflussung der schlimmsten Art erwiesen. Trotz

der Statistik des Herrn Stadtv. Vailieu bin ich der Meinung,

daß selten eine Wahlbeeinflussung glänzenderen Erfolg ge-

habt hat.

Stadtv. Dr. Barth glaubt den Antrag Spinola unter-

stützen zu müssen. Herr Vailieu liest nicht den ganzen Brief,

sondern nur einen Teil vor; in dem Brief steht aber noch mehr,

wie die Aussage des Ober-Postdirektors Körper beweist. Der

ganze Brief scheint also die Öffentlichkeit scheuen zu müssen.

Herr Vailieu stellt als eine der größten Hornlosigkeiten die Ver-

fügung des Ober-Postdirektors dar. Weßhalb aber ließ Jener den

verdächtigen Brief des Stadtv. Prehel zirkulieren, weßhalb begnügte

er sich nicht einfach mit der Anweisung, den Beamten zur Wahl

Zeit zu lassen?

Stadtv. Singer: Wir können uns heut nicht endgültig ent-

scheiden, obwohl nach Zusammenhaltung aller Umstände die Ver-

sammlung meiner Ansicht nach zur Kasirung der Wahl kommen

wird. Was der Stadtv. Vailieu vorgebracht hat, war nicht sehr

beweiskräftig. Er war stärker im Verschweigen, als im Beweisen.

Was er aus dem Brief vorgelesen hat, war ganz belanglos. Die

kindliche Naivität braucht man dem Postdirektor Schiffmann nicht

zuzutragen, daß er den Zweck des Briefes des Stadtv. Prehel

nicht erkannt hätte. Der Zweck des Briefes war, die Wahl

Wachler's zu erzielen. Das, was Herr Vailieu aus dem Briefe vor-

gelesen hat, steht, darüber ist kein Zweifel, im Widerspruch

mit dem, was der Ober-Postdirektor Körper mitgeteilt hat.

Körper weiß nicht mehr genau, was in dem Briefe darin stand,

aber daß das Wort „königstreue Wachler“ darin stand, darauf be-

kennt er sich. Dieses eine Wort spricht aber ganze Bände. Der

Brief hatte einen politischen Inhalt. Auf diesen politischen In-

halt hin trat die Behörde in Aktion, er wurde den Beamten zur

Kenntnis gebracht, und sie gingen hin und wählten Wachler.

Zunächst aber müssen wir uns fragen, hat die Versammlung

das Recht, eine Entscheidung zu treffen, wenn etwas behauptet

wird, was nicht ganz streng bewiesen ist? Wir kennen den Wort-

satz des Prehel'schen Briefes nicht, denn Herr Prehel befehligt

sich eines sonderbaren Stillschweigens. Die Versammlung kann

ihn aber mittheilen; es ist in ihm nichts vorhanden, was die

Öffentlichkeit zu scheuen hat. Redner kündigt noch an, daß er

gegen den Kaufmann Jakob Joseph, der seinen Brief gefälscht

habe, den Strafrichter anrufen werde.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag

Spinola angenommen.

Schluß 8 1/4 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Was alles in unseren Kasernen vorkommen kann,

mögen die Lobredner des Militärs aus der folgenden Mit-

theilung ersehen, welche die „Berl. Ztg.“ bringt:

Ein geradezu bestialisches Verbrechen

ist am Abend des 8. d. M. in der Alexander-

kaserne am Viehhause an einem kaum fünf-

zehnjährigen Mädchen verübt worden. Dort

kaserniert bekanntlich zur Zeit das aus Anlaß der Krawalle

am Friedrichshain nach Berlin beorderte 52. Infanterie-

regiment, und der Verkehr von Zivilpersonen, welche ihre

beim Regiment dienenden Angehörigen besuchen, ist ein

sehr reger. An jenem Abend, es war am Mittwoch, kam

nun das junge Mädchen nach der bezeichneten Kaserne und

fragte nach einem ihr bekannten Soldaten. Ein Gemeiner

der neunten Kompanie erbot sich, die Besucherin zu dem

Soldaten hinzubringen. Als sie auf die betreffende

Stube kam, woselbst eine größere Anzahl Soldaten

lag, vollzog sich eine Scene, die zu schildern

sich die Feder sträubt. Das arme Mädchen wurde

von den Soldaten überfallen und so

lange vergewaltigt, bis es besinnungs-

los liegen blieb. Aus Furcht vor Strafe und aus

nachträglichen Entsetzen über die That wagte es zunächst

keiner der Soldaten, die Ohnmächtige herauszubringen,

auch hätte dies, ohne Aufsehen zu erregen, nicht geheißen

können. Am nächsten Morgen aber mußte dem Feld-

webel zu jour Meldung gemacht werden und die

Unglückliche, die noch immer demüthlos war, wurde nun

mittels herbeigeholten Krankentragens nach der Charitee

besördert.

Eine derartige brutale Schändlichkeit also, welche zu

charakterisieren kein Ausdruck scharf genug ist, eine solche

Wohheit ist in einer Kaserne begangen worden, in einer jener

gerühmten „Ferienkolonien“ und „Erziehungsanstalten“,

in welchen angeblich den jungen Männern die höchsten Tugenden

eingeprägt werden. Wenn man so in den Parlamenten die

Herrn Offiziere vom Regimentstisch mit der größten Begeisterung

schildern hört, wie wunderschön alles beim Militär eingerichtet

ist, wie das Militärleben die bessere Schule für die Söhne des

Volkes ist, deren Ehrgefühl hier gebildet wird und welche davon

dauernde moralische Vortheile für ihr ganzes weiteres Leben

haben, wenn alles das schön auseinandergelegt wird, da gehen

dem patriotischen Philister die Augen über vor nationaler

Nahrung, und dankbaren Herzens preisen sie die Segnungen

unserer unübertrefflichen Arme-Einrichtungen. Wer sich aber die

Sache etwas mehr aus der Nähe angesehen hat, nicht als Offizier,

der auf dem Kasernenhofe einherstolzirt, seine „erzieherische“ Aufgabe

erfüllt, indem er mit Grobheiten gegen die „dummen Polacken“ um

sich wirft, und der dann im luxuriös eingerichteten Kasino seine

Ständeshere pflegt, sondern als gemeiner Soldat, der an sich selbst

und an seinen Kameraden täglich die Probe auf die Borgüchtig-

keit dieser Erziehungsmethode machen kann, der denkt doch etwas

andres darüber. Wo soll denn das männliche „Ehrgefühl“

bleiben, wenn immer und immer nur der stumpfe Kadavergehör-

sam, auch dem offenbaren Unrecht gegenüber, verlangt wird?

Und wo soll der junge Mann Gelegenheit haben, sich irgendwie

weiter zu bilden, wenn tagaus tagein ununterbrochen alle die

Kleinigkeiten des Samaschendienstes auf ihm lasten, und wenn

die geistbildende Zucht des Kasernenlebens ihm jede Freiheit der

Bewegung nimmt? Und das Kasernenleben überhaupt, auch wo

es nicht dienstlich überwacht wird — welche Oede, welche

Fälle von Verletzungen jeder feineren Empfindung! Jeder

einigermaßen einsichtige Pädagoge wird es bestätigen,

daß das System der Internate, das Kasernen-system

höchst bedenkliche Seiten hat, und daß die Gefahren

dieses Systems um so größer werden, je strenger die Zucht ge-

handhabt wird. Es ist ja wohl zur Genüge bekannt, was für

sittliche Zustände in den Kadettenanstalten und ähnlichen Massen-

massive eiserne Ringe mit starken Bandhaken, die in den Wänden festgemauert waren und allem Anschein nach dazu gedient haben, um die Ketten, an welche die Gefangenen gelegt wurden, zu befestigen. Die circa 10 Pfund schweren Ringe, die sich augenblicklich noch in Verwahrung des Hausinspektors Kanisch befinden, sollen demnächst dem Märktischen Provinzial-Museum einverleibt werden.

Auf dem Anhalter Bahnhof sind die Spuren, welche der vorgelegte Unfall am Mauerviertel der Nordwand hinterlassen, wieder beseitigt. Die Pfeiler des Portals, durch das die Maschine gefahren, sind ausgebessert, die Thüren sind neu eingehängt. Der Bahnsteig und die Geleise zeigen dagegen noch die Spuren der Verheerung. Als provisorischer Pressbock dienen zur Zeit aufgeschichtete Eisenbahnschwellen. Der große, von der Lokomotive umgerollene Rindler ist noch nicht wieder erfehrt. Uebrigens ist schon vor Jahren einmal ein ähnlicher Unfall auf demselben Bahnhof vorgekommen. Auch damals war es der Wiener Kurierzug, der unter der Leitung eines bewährten Führers eines Sonntags Nachmittags auf dem zweiten Geleise den Pressbock beim Einfahren umriß. Es gelang jedoch, den Zug bald zum Stehen zu bringen, so daß nur die Vorderachse der Maschine über die Geleise hinausfuhr.

Das Versagen der Carpentier-Bremse hat, wie bereits mitgeteilt, zu dem Bahnunfall auf dem Anhalter Bahnhof Veranlassung gegeben. Von berufener Seite werden uns darüber folgende Betrachtungen mitgeteilt. Die Carpentier-Bremse, nach dem System Westinghouse gearbeitet und den Namen ihres Erfinders führend, ist fast auf sämtlichen europäischen Bahnen, durchgängig aber auf den preussischen Staatsbahnen eingeführt. Nun ist es nicht das erste Mal, daß durch Versagen der Carpentier-Bremse ein Bahnunfall herbeigeführt ist und welche Katastrophe durch Nichtfunktionieren derselben entstehen kann, beleuchtet folgende sehr leicht eintretende Möglichkeit. Ein Schnellzug kann infolge irgend eines Umstandes — das Bahngelände wäre z. B. durch irgend einen andern Zug besetzt — auf einer Durchfahrtsstation die Einfahrt nicht erlangen; zufällig versagt die Carpentier-Bremse, wie es ja am Dienstag der Fall auf dem Anhalter Bahnhof war, und nun faßt der Schnellzug auf den in der Durchfahrtsstation stehenden Personenzug los und die Katastrophe ist unvermeidlich. So stellt es sich als eine dringende Nothwendigkeit heraus, neben der Carpentier-Bremse noch die alten Bremsen, wie dies noch auf der Böhmer Bahn geschieht, beizubehalten und wo die letzteren entfernt sind, sie wieder einzuführen. Die Carpentier-Bremse selbst arbeitet mit comprimierter Luft, unter der Maschine befindet sich ein Luftreservoir, das durch eine ebenfalls unter der Lokomotive angebrachte Kompressionspumpe gespeist wird. — Von dem Behälter aus führt ein Schlauch unterhalb der Wagen am Zug entlang; die Bremsen sind lose, wenn sich in dieser Schlauchleitung der Luftdruck befindet.

Interessante Vergleiche zwischen Gasbeleuchtung und elektrischer Beleuchtung vom gesundheitlichen Standpunkte stellt Geh. Rath v. Pettenkofer in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ an. Gerade in gesundheitlicher Beziehung ist es von Interesse, die Güte der drei Hauptlichtquellen, des Tageslichtes, des Gas- und des elektrischen Lichtes zu vergleichen, da diese auf die Sehkraft von bedeutendem Einfluß sind. Es hat sich ergeben, daß die Schärfe des Sehens beim Gaslicht um etwa $\frac{1}{10}$ herabgesetzt wird, während sie beim elektrischen Licht, besonders bezüglich der Erkennung von Farben, erhöht ist gegenüber dem Tageslicht. Das starke Hervortreten der violetten Farben im elektrischen Licht kann man durch eine gelbe Brille, das gelbe und rothe Gaslicht durch eine blaue korrigieren. Die Belästigung durch Wärme ist bei gleicher Lichtstärke verschwindend gering gegenüber dem Gaslicht. Ein Edison-Brenner von 17 Kerzen Lichtstärke entwickelt in einer Stunde 46 Wärmeeinheiten, eine Gasflamme von derselben Lichtstärke in derselben Zeit 908 Wärmeeinheiten, also nahezu das Zwanzigfache. Einen noch größeren Vorzug hat das elektrische Licht vor den anderen Lichtquellen bezüglich der Veränderung der Luft in den beleuchteten Räumen. Der Mensch verbraucht in der Stunde etwa 38 Gr. Sauerstoff, eine Stearinkerze etwa 30 Gr., eine Gasflamme von 17 Kerzen Helligkeit braucht 214 Gr. Sauerstoff. Der Mensch atmet in der Stunde etwa 44 Gr. Kohlenäure aus, eine Stearinkerze giebt 28 Gr. ab, eine Gasflamme 15 Gr. und eine Petroleumflamme von der gleichen Helligkeit sogar 289 Gr. Kohlenäure. Das Steinkohlengas enthält 10 Prozent Kohlenoxyd und eine Luft, die auch nur 3 Prozent Steinkohlengas enthält, ist wegen dieses Gehalts von Kohlenoxyd schon sehr giftig. Die eingehenden Untersuchungen gipfeln darin, daß bezüglich der Sehkraft und des Farbensinnes das elektrische Licht, namentlich das Bogenlicht, einen Vorzug vor dem Gaslicht hat. Die Blendung ist dagegen geringer beim Gaslicht, die Zuckungserscheinungen sind beiden eigenhämlich. In der Wärmebildung ist der Unterschied sehr beträchtlich, nämlich 1:20. Luftverschlechterung ist bei elektrischem Licht gar nicht vorhanden, bei Gas erheblich, bei letzterem auch die Gefahr der Vergiftung und der Explosion.

Zwei jugendliche Berliner Durchgänger, 9 und 11 Jahre alt, wurden am Montag Abend in Kustrin von der Polizei angehalten. Sie gestanden ein, am Nachmittags aus Berlin, wo sie ihren Eltern davongelaufen seien, angekommen zu sein. Sie hätten eigentlich nach Südafrika gewollt, hätten sich aber schließlich entschlossen, nur nach Rosenthal bei Soldin, wo der eine bekannt sei, zu fahren. Es wurden bei ihrer Untersuchung noch ca. 10 M. Geld und bei dem einen unter der Weste ein geladener neuer Revolver und Patronen gefunden. Wie sich herausstellte, hatten sie den Revolver in einem Wägenkasten in Kustrin für 6,50 M. gekauft. Als der Kaufmann ihnen den Revolver nicht verkaufen wollte, brachte das eine Wärschen, wie es später eingelaufen, einen von ihm selbst geschriebenen Zettel, mit welchem angeblich der Vater um Auslieferung eines Revolvers gegen Bezahlung bat. Die Eltern der Ausreißer sind sofort benachrichtigt worden.

Einem dreifachen Schwindel ist am Mittwoch Abend die unverschämte Anna Nische zum Opfer gefallen. Das junge Mädchen war mit dem 5 Uhr Zuge aus ihrer Heimath Matrah a. D. in Berlin angekommen, um hier einen Dienst zu suchen. Auf dem Wege vom Bahnhof erbot sich ein elegant gekleideter junger Mann, ihr eine Stelle zu verschaffen, besieg mit ihr eine Drohschle und Beide fuhren nach der Adalbertstraße, woselbst sie in einem Restaurant abstiegen, sich dort etwas stärkten und dann die Fahrt nach Friedrichsberg fortsetzten, wo das Geschäft in der Wartenbergstraße vor dem Hause Nr. 10 hielt. Dort stiegen Beide aus und der junge Mann wies das Mädchen an eine angeblich in jenem Hause wohnende Wittve, die sie in Stellung nehmen werde. Das junge Mädchen ging in das Haus, fand aber die Wittve nicht und kehrte daher unverrichteter Sache auf die Straße zurück. Zu ihrem nicht geringen Schrecken nahm nun die Geduldige wahr, daß mittlerweile die Drohschle verschwunden war und mit dieser der junge Mann und ihr Koffer, der außer ihren Kleidungsstücken ca. etwa 50 M. bares Geld enthielt. Der Schwindler, welcher diesen niederträchtigen Streich ausgeführt hat, ist etwa 25 Jahre alt und trug einen guten dunkelgrünen Anzug mit braunem Gilet. Von dem Gauer und den gestohlenen Sachen fehlt bis jetzt jede Spur. Leider hat das betrogene Mädchen die Nummer der Drohschle nicht gemerkt. — Vielleicht veranlassen diese Zeilen den betreffenden Kuffler, sich zu melden und Anzeige über den Verbleib des Passagiers und des Koffers zu erstatten.

Die Klitterwochen eines Verbrechens sind vor einigen Tagen in recht unanständiger Weise geübt worden. Von Nixdorf aus wurde nach Plöbensee gefahren, um dort ein Haus zu kaufen, welches vor einigen Monaten aus dem Zuchthaus verschwinden war, von der Staatsanwaltschaft und Polizei vergeblich gesucht wurde. Die Mutter des jetzigen Zuchthäuslers brachte einen Theil ihres Lebens im Gefängnis zu, die einzige Schwester desselben ist eine Prostituirte. Wilhelm v. J., als Dieb und Eindreher mehrere Male verurteilt, wurde vor zwei Jahren wegen schweren Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, welche er in Plöbensee

abblühte. Nachdem derselbe sich dort zwei Jahre zur Zufriedenheit der Anstaltsbeamten geführt, erbat er sich einen mehrtägigen Urlaub, um sich zu verheirathen, welcher ihm auch bewilligt wurde. Nun heirathete von J. seine Braut, vergaß aber, nach dem Gefängnis zurückzuführen und wurde ohne Erfolg steckbrieflich gesucht. Vor kurzer Zeit zog die Mutter des Verschundenen, Frau von J., von Berlin nach Nixdorf und da nun die Behörde vermutete, daß auch der Sohn nach dort übergesiedelt sei, stellte man bei der Dame Haussuchung an, die resultatlos zu verlaufen schien. Plötzlich entdeckte ein Beamter einen Wandschrank und da er bemerkte, daß Mutter und Tochter ihn von dem Möbel abzulenken versuchten, ließ er dasselbe öffnen und fand den Verschundenen unter Kleidern verborgen. Der Entdeckte wurde nach dem Amtsbureau geschafft, um trotz Bitten und Thränen der jugendlichen Frau von J., seiner Gattin, nach Plöbensee überführt zu werden.

Ein Schneidergeselle Karl P. hatte kürzlich, wie Dr. Franz Hinrichs in der „D. Med. Wochenschrift“ mittheilt, an einem Nachmittags gegen 5 Uhr das Unglück, eine Nähnadel nebst Faden in die Luftröhre zu schlucken. Während er bei der Arbeit die Nadel, welche mit einem Doppelschaden vielfach eingewickelt war, im Munde hielt, begann er plötzlich bei geschlossenen Lippen zu husten. Bei der folgenden tiefen Einathmung verschwand die Nadel mit einem Mal aus dem Faden in der Mundhöhle. Der Faden jedoch kam bald durch Husten und Würgen wieder soweit hervor, daß er mit den Fingern erfaßt und ein Stück weit vom Munde hervorgezogen werden konnte. Die Nadel selbst aber ließ sich trotz starken Ziehens nicht mit herausbefördern. Daher begab sich der Patient zu Dr. Schorker, um die Entfernung der Nadel vom Munde aus mit Instrumenten vornehmen zu lassen. Die Untersuchung mit dem Stethoskop ergab, daß die Nadel am unteren Ende der Luftröhre saß und auf beiden Seiten fest eingestochen war. Darin lagen auch die Schwierigkeiten des Falles. An dem Tage selbst hatten die angestellten Bemühungen, die Nadel zu entfernen, noch keinen Erfolg, und erst am folgenden Morgen gelang es, sie auf natürlichem Wege zu Tag zu fördern. Dr. Hinrichs assistirte bei diesen ungemein schwierigen Versuchen. Der weitere Krankheitsverlauf war ein sehr günstiger.

Ein Mensch, welcher auf dem Gebiete des Schwindels Großartiges leistet, ist der Dr. phil. Hermann Dill, welcher sich bisher bald für einen Sprachlehrer, bald für einen Redakteur ausgab. Nachdem er früher bereits zweimal wegen verübter Verbrechen bestraft war, wurde er vor drei Jahren zum dritten Male in Untersuchung genommen. Die Gerichtsarzte erklärten ihn jedoch für unzurechnungsfähig und überwiesen ihn der Charite. Von dort verhältnismäßig bald als geheilt entlassen, betreibt er seine Schwindelkünste in großem Umfange mit Erfolg weiter. Er bezeichnet sich gegenwärtig als Gerichtsassessor oder Amtsrichter und entnimmt Waaren aus Kredit, welche er dann gleich wieder loschlägt. Bei einer Durchsuchung ist u. a. für mehrere Hundert Mark Selterwasser bei ihm gefunden worden. Ferner giebt er an, als Lehrer bei der Kriegsakademie angestellt zu sein, und erbietet sich, in der englischen, französischen und portugiesischen Sprache Unterricht zu ertheilen; er legt sich auch einen dementsprechenden Namen bei. Nachdem er dann eine Unterrichtsstunde ertheilt hat, bittet er um einen Vorschuss von 30 bis zu 100 Mark, welcher ihm im Hinblick auf seine Anstellung bei der Kriegsakademie gern bewilligt wird; dann aber erscheint er nicht wieder. Neuerdings hat er sich auch noch bereit erklärt, Frauen in „diskreten Angelegenheiten“ Rath und Hilfe zu ertheilen. Er fordert in solchen Fällen einen Vorschuss und sendet auch eine Arznei. Diese bleibt aber ohne die gewünschte Wirkung. Gestern ist D. wiederum verhaftet worden, weil eine große Anzahl solcher Fälle vorliegt. Bei seiner Vernehmung hat er erklärt, daß er niemals geistesgestört gewesen sei.

Heber das Aufsuchen der Leichen der beiden Künstler im Wannsee schreibt der „Volks-Ztg.“ ein Augenzeuge: Die romantischen Ufer des schönsten märkischen Sees waren am Mittwoch Nachmittag überaus belebt. Mit den Bewohnern der Kolonie Wannsee hatten sich zahlreiche Berliner vereinigt, um entweder selbst bei dem Suchen nach den beiden verunglückten Künstlern thätig zu sein, oder die gefundenen Leichen bergen zu helfen. Die Potsdamer Fischer, die ihre Netze ausgeworfen und sonstige Vorrichtungen getroffen hatten, waren der festen Uebergzeugung, daß ihre bis dahin erfolglose Arbeit im Laufe des Mittwochs von Erfolg gekrönt sein würde. Ein neuer Zug wurde von der Mitte des Sees in der Richtung nach Velitzhof zu gemacht, viele Zuschauer verfolgten theils von Booten aus, theils am Ufer stehend, die Arbeit der Fischer, die endlich nach langer, langer Erwartung vom Erfolg gekrönt war. Beide Leichen wurden zu gleicher Zeit gefunden und bei der Landungsstelle von Velitzhof am Land gebracht. Tiefe Behmuth lag auf den Jügen der Umstehenden, als sie die so jah aus voller Lebensfrische und Thakraft gerissenen Männer erblickten, die trotz der entstellten Züge und der Leichenfarbe das Bild männlicher Kraft und Schönheit darboten. Die Taschen wurden bei Beiden vorgefunden, sie fanden gleichmäßig auf $\frac{1}{4}$ Uhr. Als die Leichen am Land gebracht waren, ließ der Amtsvorsteher von Behlendorf, zu dessen Amtsbezirk diese Seite von Wannsee gehört, und der mit dem Amtssekretär erschienen war, ein Protokoll über den Leichensfund aufnehmen. Dann wurden die entstellten Körper in Lächer gehüllt und vorläufig nach einem geschlossenen Raum in Velitzhof geschafft, wo sie bis zum Eintreffen der Särge liegen blieben.

Ein eigenartiger Fall von Missethat. Der Maurer Gustav Wolff aus Steglitz war auf einem Neubau in Steglitz beschäftigt, auf welchem der Maurerpolier Ost die Aufsicht führte. Ost hatte auf demselben Bau den Verkauf von Flaschenbier an sämtliche Arbeiter. Bei diesem Geschäft erwuchs demselben ein wöchentlicher Vortheil von 10—12 M. Wolff glaubte, im Einverständnis mit den übrigen Arbeitern, auch einen Theil dieser Profite beanspruchen zu dürfen, wogegen der Polier Ost energisch protestirte. Es entspann sich ein Zerwürfniß zwischen Wolff und Ost, welches sich so zuspitzte, daß Wolff am Montag, den 8. d. M., Feierabend erhielt, ohne jedoch den Grund seiner Entlassung zu erfahren. Hierauf begab sich Wolff zu seinem Meister, um denselben zu fragen, weshalb er aufhören solle. Es wurde ihm als Grund mitgeteilt: „Er wiegeln die Arbeiter gegen den Polier auf, auch halte er die übrigen Arbeiter von ihrer Arbeit ab, indem er sozialdemokratische Schriften verleihe, zum Beispiel „Berliner Volksbibliothek“, den „Wahren Jakob“. Außerdem habe er Kleistritz verkauft mit der Anweisung: „Für den Achtundneunzigten und Medaillons mit dem Portrait berühmter Sozialistenführer. Der Meister versicherte dem Wolff, daß er ein tüchtiger Arbeiter sei, er (der Meister) dürfe aber seinem Polier in dieser Angelegenheit nicht entgegen treten. Oben angeführte Gründe beruhen auf Unwahrheit. Wolff betreibt nebenbei ein Zeitungsverkaufsgeschäft und hat nur seinen auf dem Bau beschäftigten Abonnement das „Berliner Volksblatt“ resp. „Wahren Jakob“ aus Gefälligkeit übermitteln. Kleistritz sind von Wolff gar nicht verkauft worden.

Die Lokalkommission von Adlershof macht bekannt, daß durch die Verfügung des Amtsvorstehers von Oppen, wonach sämtliche Gastwirthe, welche in ihren Lokalen das „Berliner Volksblatt“ auslegen, die Konzession beschränkt werden soll, sich der Gastwirth Albrecht veranlaßt gefühlt hat, das „Berliner Volksblatt“ aus seinem Lokal zu entfernen. Wir machen hiermit nochmals die Namen der Gastwirthe bekannt, welche das „Berliner Volksblatt“ auslegen: Es sind die Herren Kleinschäfer, Kühle, Stippelohr, Mißerer und Hecht (Gemeinschafts-Wirthshaus). Es ist Pflicht der Arbeiter, nur diese Lokale zu besuchen.

Polizeibericht. Am 10. d. Mts. Vormittags wurde im Landwehrkanal die Leiche eines unbekanntem etwa 35 Jahre alten Mannes angeschwommen und nach dem Schauhause geschafft. — Nachmittags wurde in einem Fremdenzimmer eines Hotels ein Kaufmann im Bette liegend toot aufgefunden. Nach Auspruch des herbeigerufenen Arztes hat sich derselbe mittelst Zyankali

vergiftet. — Im Laufe des Tages fand Spandauerstraße 77 ein kleines Feuer statt.

Gerichts-Beilage.

Der Herr Oberstaatssekretär. Wegen einer Meinungsverschiedenheit wurde gestern der Kaufmann Robert Lehmann aus Berlin von der Ferien-Strassammer von Landgericht II zu vier Jahren Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, auf gleiche Dauer und 300 M. Geldstrafe, eventuell noch 20 Tagen Zuchthaus verurtheilt. Der Angeklagte hat schon mindestens ein Duzend Vorstrafen, hauptsächlich wegen Betruges erlitten. Nach Verbüßung seiner letzten Strafe ließ er sich in Friedrichshagen nieder, wo er sich sehr bald in den Ruf zu setzen verstand, als sei er „Einer von der höheren Polizei“, dem „Alles möglich sei“. Er bezeichnete sich selbst als „Vorliebe als „Oberstaatssekretär beim Oberstaatsanwalt“ und wenn dieser Titel auch Manchem „spanisch“ vorkam, so glaubte man doch höchstens an ein Wischen Plunkerei bezüglich des Titels, aber daran zweifelte man nicht, daß der Angeklagte „einer von der höheren Polizei“ sei. Unter diesem Nimbus spielte er sich als „Menschenfreund“ an, der jedem zu seinem „guten Rechte“ verhelfen wollte, allerdings ließ er sich keine Menschenfreundlichkeit so gut bezahlen, daß seinen Opfern hinterher die „Augen übergingen“, oder wenigstens sehr weit aufgingen. Der Darmloseke J. ging an, welcher zur Anklage stand, war der: Der Maurer Urban aus Nixdorf hatte eine böse Frau. Nachdem dieselbe eines Tages alles Geschick auf dem Kopfe des Gatten zertrümmert hatte, rückte derselbe aus und nahm in Friedrichshagen Arbeit. In seinen Ohren drang auch der Ruf von dem „hohen Polizeibeamten“ Lehmann, er suchte denselben auf und trug ihm sein Absehen vor, die Gattin wegen Sachbeschädigung zu belangen. „Ja! da müssen wir bis an den Kaiser gehen!“ meinte Lehmann. Er versprach „alles Nöthige“ zu besorgen und begnügte sich mit einem Honorar von 1,20 M. Als in der Sache nichts geschah, kam Urban wieder, Lehmann meinte, da müsse doch der Teufel rein schlagen, versprach ein neues Schreiben zu machen und nahm 1,00 M. Als nach 5 oder 6 Monaten die Sache immer noch keinen Fortgang nehmen wollte, drang Urban auf Fertigstellung eines Schreibens an den Amtsanwalt in Mo-Landsberg, das er alsdann selbst zur Post trug. Dieses dritte Schreiben ist das einzige, welches angekommen ist, die beiden vorhergehenden Aufträge hat Lehmann unausgeführt gelassen. Im zweiten Falle, der zur Anklage stand, hat es der Angeklagte teils durch teils durch schlechter gemacht. Die Wittve Schönrod hatte einen Sohn, der Maurer lernte, aber nach 2jähriger Lehrzeit einen Meister davongelaufen war. Nun war die Mutter um die anderen Lehrherren in Sorge und wandte sich dieserhalb an den Angeklagten. Dieser versicherte, daß es ihm ein Vergnügen sei, den jungen Mann mit Hilfe seiner weitreichenden Verbindungen, der Bauabtheilung der Kgl. Polizeipräsidenten anzubringen, könne derselbe zum Königl. Baumeister ausgebildet und nach Beendigung seiner Lehrzeit in zwei Jahren Bauvater werden. Die Angeklagte wurde aber ein schönes Stück Geld kosten. Diese Angeklagte waren natürlich zu verlockend, als daß die Frau für die Mühe ihres Sohnes nicht die letzten Spargroschen opfern sollte. Lehmann erhielt 60 M. und bewog einen Maurermeister in Friedrichshagen, den Sohn in die Lehre zu nehmen, was die Mutter ohne einen Pfennig Unkosten auch zu Wege bringen konnte. Einer Frau Sommermann war der Mann davon gelaufen. Der Angeklagte machte ihr zunächst ein Schreiben an den Amtsanwalt in Köpenick, wofür er 15 M. verlangte. Den hohen Preis seiner schriftlichen Arbeiten motivirte er stets damit, daß er dieselben stets erst seinem Chef vorlegen müsse, dem Geheimheimen Oberstaatsanwalt, den er kurzweg als „Geheimrath“ zu bezeichnen pflegte. Alsdann gab er der Frau Sommermann den Rath, daß es besser wäre, wenn sie ihn durch den Auftrag gebe, ihren Mann nach Dortmund in Westfalen, dem vermutlichen Aufenthaltsorte — nachzureisen und denselben durch Jureden zur Rückkehr zu bewegen. Die Frau war dem einverstanden, Lehmann reiste nach, brauchte aber in Dortmund zwei Tage, um die Adresse des Mannes zu ermitteln. Als dies gelungen war, hatte der Gatte der Auftragsgeberin gerade am Tage vorher Dortmund wieder verlassen. Lehmann sehr unverrichteter Sache zurück, und liquidirte 54 Mark, die er an erhielt. Der Gerichtshof nahm zwar in diesem Falle nicht an, daß der Angeklagte zwei Liquidir habe, wohl aber, daß er die Frau Sommermann das Geld aus der Tasche gelockt habe, und sich für einige Tage Unterhalt zu verschaffen. Der Baumeister Jachow in Friedrichshagen ist einmal von der Pferdebahn Köpenick überfahren und dadurch Invalid geworden. Seine Ermahnungen um eine Entschädigung sind in allen Instanzen erfolglos geblieben. Da näherte sich Lehmann dem Jachow, stellte dessen Vertranen durch Berufung auf seine Stellung und seinen Chef den Herrn Geh. Rath; versprach ihm die Jachow, daß er durch denselben sein Grundstück mit ein Villa bebauen lassen wolle. Alsdann versprach er dem Jachow, er wolle dessen Entschädigungs-Angelegenheit glücklich durchschleusen. Zunächst sah er alle darauf bezüglichen Papiere ein, wofür er 10 M. verlangte und erhielt. Nach einiger Zeit legte er dem Jachow ein Statut einer Unfallversicherung vor, verlangte ein Pfennig wieder 10 M. und damit war seine Thätigkeit beendet. Die übrigen zur Anklage stehenden Schwindelkünstler bewegten um Profite von wenigen Mark. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß ein derartiger gemeingefährlicher Schwindler, der seine Opfer zum Theil unter armen und beschränkten Leuten suche, für lange Zeit unschädlich gemacht werden müsse, und deshalb wurde wie oben bemerkt erkannt.

Der Kandidat des 5. Reichstags-Wahlkreises, Herr Auerbach, war von der Staatsanwaltschaft wegen Aufreißens zum Klassenhieb (§ 130 St.-G.-B.) angeklagt worden. Die Verhandlung sollte darin liegen, daß Herr A. in einer Versammlung der Handwerker, welche sich mit der Sperrung der Kaufleute beschäftigte, welche ihren Angestellten Sonntagmittag nicht frei geben, geäußert habe, „es gelte einen Gegen jense Angehener, die ihren weißen Sklaven die Hände enthalten“ und „es sei Pflicht, jene Schänder niederzuwerfen, ihnen die Ruthe zu entreißen.“ Die Anklage paßte eigentlich so schlecht in eine Zeit, da eine möglichst weitgehende Sozialpolitik eine offizielle Programmzucht der neuesten Sozialpolitik, Reichsregierung bildet, und das Polizeipräsidium, offiz. höheren Eingestungen folgend, die strengste Durchführung der jetzt bestehenden Bestimmungen über Sonntagsruhe erzwingt. Es abgesehen von der Frage der „Opportunität“ der Anklage den Staatsanwalt, die uns endlich nichts angeht, sie war auch juristisch nicht haltbar, denn einmal sind wohl die Kaufleute eine Klasse, aber nicht der Theil der Kaufleute, der seinen gestellten die Sonntagsruhe vorenthält, und außerdem ist in einer Aufreißung zu Gewaltthätigkeiten in Worten des Herrn A., die selbstverständlich nur bildlich geschildert sind, nicht die Rede. Zum Ueberflus bespricht Herr A. auch die Worte so gelaufen haben. Er erhob aus allen Gründen durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang W. Widerspruch gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens und auch den Erfolg, daß die Strafkammer des Landgerichts zu Potsdam am 25. August die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hat. Ob sich der Staatsanwalt hierbei bereuen bleibt abzuwarten.

Versammlungen.

Die Arbeitervertreter Berlins tagten am Mittwoch, Seefeld, Grenadierstr. 33, um sich über verschiedene Fragen, welche zu äußern, die ihnen vom Reichs-Vericherungsamt, gelegt waren, um bei der bevorstehenden Revision des U

Versicherungsgesetz als Material zu dienen. Vorsitzender der Versammlung war Herr Gutheit, Referent Herr Buchholz, nicht-ständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts.

Die Frage 1: „Sollen die Strafgefangenen auch unter das Versicherungsgesetz gestellt werden?“ wurde einstimmig mit Ja beantwortet, da kein Grund vorliegt, dieselben im Unglücksfall anders zu behandeln, wie freie Arbeiter.

2. „Soll die Rente, während der der Betreffende sich in Strafhaft befindet, ruhen?“ Diese Frage wurde allgemein mit Nein beantwortet, indem von mehreren Rednern hervorgehoben wurde, daß ja in diesem Falle Frau und Kinder mit bestrast würden. Die einzige Beschränkung wurde zugelassen, daß bei solchen die Rente ruhen soll, die Niemanden zu versorgen haben.

3. „Soll Entschädigung für Unglücksfälle auf dem Wege von und nach der Arbeit gewährt werden?“ Auch diese Frage wurde einstimmig mit Ja beantwortet, indem die Versammlung der Meinung war, daß die Arbeit beginnt, sobald der Arbeiter das Haus verläßt, um sich zur Arbeit zu begeben.

4. Soll es zulässig sein, für Renten bis zu 10 pSt. auf Antrag eine Kapitalabfindung zu gewähren?“ Diese Frage wurde ebenfalls mit Ja beantwortet, da ja die Rente bis 10 pSt. nur wenige Pfennige beträgt, die dem Empfänger wenig oder gar nichts nützen, er sich dagegen mit einem kleinen Kapital eher helfen könnte.

Die Frage 5, betreffend Umlage der Beiträge wurde mit Ja beantwortet mit dem Zusatz, daß dem Berufstätigen der volle Betrag zur Anrechnung kommt und nicht, wie bisher, nur ein Drittel von dem über 4 Mark betragenden Tagesverdienst.

Dann waren noch eine Reihe von Fragen, jedoch von mehr untergeordneter Bedeutung zu beantworten, die aufzuzeichnen zuviel Raum in Anspruch nehmen würde. Bemerkenswert sei nur, daß alle Fragen unter voller Wahrung der Interessen der Arbeiter beantwortet wurden.

Für die Zimmerleute Berlins und Umgegend war für den 10. d. M. nach dem May'schen Lokale, Benthstraße, eine öffentliche Versammlung einberufen. Dieselbe fand unter Leitung des Gesellenausschusses statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Abrechnung. Dieselbe betraf den Generalfonds für die Zeit vom 17. Februar bis 15. August 1890 und erstattete dieselbe der Kassirer Herr Petermann. Danach betrug die Gesamteinnahme 1721 M. 27 Pf., die Gesamtausgabe 1674 M. 58 Pf. Von Herrn Jäckel sind zurückgezahlt 750 M. theils in bar, theils in Wertpapieren. In Händen des Herrn Schmidt befinden sich hiervon noch 118 M. (auf Bescheinigung), ferner sind 40 M. Saalmiete (von Hagenhagen) zurückgezahlt, so daß der Gesamtbestand 204 M. 69 Pf. beträgt. Dem Kassirer wurde nach einer längeren Erörterung Decharge erteilt. Hiernach erstattete der Vorsitzende, Herr Wolter, Bericht über die Thätigkeit des Gesellenausschusses. Nach Lage der Umstände war der Gesellenausschuß nicht in der Lage, Großes zu schaffen, wenngleich derselbe, wie in seinen Berichten, die allgemeine Interessen gewirkt hat. So hat derselbe 12 öffentliche Versammlungen einberufen, sowie eine Versammlung auf dem Reichstags-Bau arbeitenden Zimmerleute. Auch hat derselbe 12 Ausschreibungen abgehalten und in erforderlicher Weise Unterstützungen gewährt für hilfsbedürftige Kameraden hierorts und auswärts. Redner empfahl, dafür Sorge zu tragen, daß dem Gesellenausschuße in den Kreisen der Kameraden volles Vertrauen entgegengebracht werde. Es wurde anerkannt, daß der Gesellenausschuß der Öffentlichkeit gegenüber voll und ganz seine Schuldigkeit gethan habe. Herr Schmidt wies seinerseits darauf hin, daß der Gesellenausschuß noch mehr zu leisten in der Lage gewesen wäre, wenn derselbe von der Öffentlichkeit, d. h. durch die Platzdeputierten, mehr unterstützt worden wäre. Die Herren Pafesler und Wolter hatten ihren Austritt aus der Mitgliedschaft des Gesellenausschusses erklärt. Demzufolge stand die Wahl hierfür auf der Tagesordnung. Die Gründe hierfür wurden den Anwesenden klar gelegt. Diese Angelegenheit zeitigte eine ziemlich erregte, sehr persönliche Debatte, im Laufe deren die Versammlung den Antrag Pafesler genehmigte, daß Herr Lehmann diejenigen Mitglieder des Gesellenausschusses nachhaft machen solle, welche mit Herrn Jäckel in unehrlicher Verbindung stehen haben, um denselben Gelegenheit zu geben, ebenfalls dem Gesellenausschuße ihren Austritt zu erklären. Herr Lehmann berichtete diesen Antrag dahin, daß er nur die jüngsten Mitglieder des Gesellenausschusses im Auge habe, welche Herrn Jäckel nach bewusster Weise in Schutz genommen haben, nachdem dessen Unregelmäßigkeiten nachgewiesen worden waren. Infolge des angenommenen Antrages wurden seitens des Herrn Lehmann sehr deklamatorische, interne Angelegenheiten der Öffentlichkeit übergeben. Die Beschuldigungen, die Herr Lehmann gegen die Herren Ortland, Wolter und Schmidt erhob, veranlaßten diese zu entsprechenden Widerlegungen und erklärten auch diese nach langen Erörterungen ihren Austritt aus dem Gesellenausschuße. Die Frage spitzte sich schließlich dahin zu, den Gesellenausschuß gänzlich außer Funktion zu setzen, sich gänzlich auf die Organisation zu stützen und die Entscheidung zwischen beiden bestehenden Organisationen zu treffen. Herr Pafesler beantragte, bestehende Angelegenheiten bis zu einer demnächst einzuberufenden Versammlung zu vertagen und beschloß die Versammlung demgemäß. Der dritte Punkt der Tagesordnung wurde der vorgeschrittene Zeit wegen ebenfalls vertagt und wird als erster Punkt auf der Tagesordnung der nächsten öffentlichen Versammlung stehen, als weiter wird die Frage der Neuwahl des Gesellenausschusses zur Debatte gestellt werden. Jedoch beschloß die Versammlung folgenden Protest: „Die heute in May's Präzedenz tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend proklamiert auf das Entschiedenste gegen den Beschluß des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister vom 20. August 1890 betreffs der Verteilung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber durch das Zimmerei-Schiedsgericht in Erwägung, daß die Gesellen als Besitzer von den Berliner Zimmerern nicht anerkannt werden, weil jedes Recht und jede Form bei der Wahl des Gesellenausschusses der Innung verlehrt ist.“ Zum Schlusse fand noch eine kurze Aussprache über Organisation statt mit dem Hinweise darauf, daß zwei Organisationen an einem Orte, in Berlin, so wünschenswerthe Einigung der Zimmerleute nur zu verhindern vermöchten und daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, den Zusammenschluß aller Berliner Zimmerer zu veranlassen. Mit einigen Belanntmachungen schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Studenten Berlins und Umgegend fand am 8. September in Reuter's Lokal, Münzstraße 11, statt. Nach erfolgter Bureauwahl wurde zur Tagesordnung geschritten. Der Delegierte vom 2. deutschen Studentenkongress, Kollege Marler, fährt im Anschluß an die letzte Versammlung vom 1. d. Mts. mit der Organisations-Kommission fort. Dieselbe hat eine Vorlage, betreffend Ausstellung einer Statistik ausgearbeitet. Redner verliest ein Probe-Exemplar und hofft, wenn dasselbe in den Berichten der Kollegen gewissenhaft ausgefüllt wird, der dort beabsichtigten Kommission sind weitere 5 Personen zugeordnet, welche die Agitation in den in ihrer Nähe liegenden Städten zu betreiben haben; Obmann dieser Kommission ist Kollege Odenthal in Köln a. Rh. Redner giebt dann, auf ein Mißverständnis in voriger Versammlung zurückführend, eine Erklärung ab, daß er unter den Kampf gegen die „Indifferenten“, den Indifferentismus gemeint habe; trotzdem wird der Kampf nicht nutzlos sein. Wenn die überwiegende Mehrzahl der Kollegen zu der Ueberzeugung gelangen wird, mit welchem Kostenaufwand die Minderheit kämpft (Beweis Kongress), so müssen sich dieselben immerhin schließlich beugen, zu uns kommen, und uns somit den Kampf erleichtern. Sie haben gesehen, daß, als wir einst stark waren, wir auch etwas positives erreicht haben (Paris). Daß unsere damalige Errungenschaft von den Kollegen selbst. Es ist noch keine Zeit verloren, scharf Euch um unsern Bauern, schließt Euch dem bestehenden Fachverein an, so ruft Redner aus, und wir werden vereint das Ver-

säumte wieder nachholen. Das Ausbleiben des Kollegen Kiez, welcher in der vergangenen Versammlung eine gemäßigtere Richtung annehmen wollte, wird bedauert, vielleicht hätte er in dieser Versammlung Zeit und Gelegenheit gehabt, diesbezüglich mit Vorschlägen aufzuwarten. Es wird nun jedem Kollegen an's Herz gelegt, die Kongressbeschlüsse in jeder Weise zu unterstützen, und nicht den Kongress als Nebensache anzusehen. Hiernach ist die Diskussion über den Bericht der Delegierten geschlossen. Es folgte in der Verhandlung Punkt 2: Abrechnung der Vertrauensleute, Wahl zweier Revisoren und eines Vertrauensmannes. Die Einnahme betrug 296,85 M., die Ausgabe 233,75 M., mithin bleibt ein Bestand von 63,10 M. Als Vertrauensmann ist Kollege Braun, und zu Revisoren die Kollegen J. Berger und M. Röhr gewählt. Unter „Verschiedenem“ wurden die Namen derjenigen verlesen, welche sich an der Sammlung für Beschickung des Kongresses beteiligten. Wie zu ersehen war, sind die Gelder sehr spärlich geflossen und ist Grund dessen beschloffen worden, die Sammlung noch weiter vorzunehmen. Listen hierzu sind bei Kollegen Meyer, in jeder Versammlung zu haben, auch nimmt derselbe Beiträge entgegen. Den Delegierten sind, da die Lebensmittel in Elberfeld sich als sehr theuer herausgestellt, noch je 10 Mark bewilligt worden. Den Vertrauensleuten wurde aufgegeben, nach Kräften zu agitieren, möglichst Flugblätter in den Werkstätten zu verbreiten, um auf diese Weise eine gut besuchte Versammlung zu erzielen. Nachdem noch die Anwesenden zum Beitritt in die freie Hilfskasse, sowie zum Abnommen auf das „Berl. Volksbl.“, sowie das „Vereinsblatt“ aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen tagte am Sonntag, den 7. September, Abends, Oranienstraße 180. Herr Reudjora hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Reichthum und Armut in Plato's Staat.“ — Der äußerst lehrreiche und interessante Vortrag gab den Anwesenden ein getreues Bild der idealen Lehren eines Plato, welche im alten Griechenvolke die Grundlage der Staatsorganisation bildeten; demgegenüber sind freilich die Bestrebungen der modernen Zeit von nachdem egoistischen Charakter. In der modernen Zeitzeit ist es allein der Sozialismus, die von der Sozialdemokratie vertretenen Lehren, welche eine Gesellschaftsordnung im Sinne eines Plato erstreben. In Plato's Staat wird der Sozialismus im absolut idealen Sinne gelehrt; der Sozialismus der Sozialdemokratie tritt in materialistischer Wirklichkeit. Es ist jedoch unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse das Hervorleuchten des materiellen Zieles nur Mittel zum Zweck, denn die Sozialdemokratie muß als Endziel zu einem Staat im Sinne der Lehren in Plato's Staat gelangen. Die Vertreter der „modernen“ Wissenschaft freilich schweigen Plato tot; nur der Königsberger Gelehrte Kant sprach seinerzeit in seinem Hauptwerke mit Begeisterung über Plato's Staat. Jedoch im autoritären Staat konnte die Lehre eines Kant über Plato's Staat keine Sympathie erwecken. — „Große“ Geister gerathen oft in Zwiespalt mit ihren Ansichten, so Herr Erminister von Puttkamer: „Der Sozialismus ist eine Utopie“ sprach er oft im Brustton der Ueberzeugung; und: „es ist geradezu pöbelhaft zu behaupten, daß Plato's Staat ein Beispiel von träumerischen Idealen ist.“ — Tableau! Ob Herr von Puttkamer wohl Plato's Staat gelesen und durchdacht hat? — Die Schriften eines Marx und Lassalle lehren uns, daß was die heutige Sozialdemokratie erstrebt, in Plato's Staat vorhanden war.“ Er, der Referent, habe deshalb der historischen Gestaltung der Sozialdemokratie stets allen Respekt erwiesen — bis auf die letzten Wochen. — In letzter Zeit sei leider ein Ton der Rohheit an Stelle des Prinzips in die öffentlichen Debatten hineingetragen worden von einigen Genossen. — Jeder sollte den Andern höher halten, als sich selbst! Das sollten alle Genossen sich zur Mahnung nehmen in einer Partei, die auf rein sittlicher Grundlage aufgerichtet ist. Sie sollten keine Verdächtigungen austreuen. (Beifall.) Der Referent schloß seinen Vortrag mit dem Hinweis: Plato's Staat ist die herrlichste Entwicklung von Sozialismus und Kommunismus. Materielle Mittel stehen im Vordergrund des heutigen Sozialismus, aber auch diese sind und bleiben nur Mittel zu dem idealen Zweck: Wille und ganze geistige Bildung der Menschheit. — An der hierauf stattfindenden Diskussion beteiligten sich Hrl. Wabnitz und die Herren Sündermann und Muller. Ein Antrag, den Ueberschuß der Tagesversammlung zur Unterstützung an die gemäßigten Arbeiter in Greiz zu senden, gelangt mit dem Zusatz zur Annahme, auch der streikenden Weißgerber in Kirchhain zu senden. Zur Mittheilung gelangte, daß event. am Sonntag, den 14. September, eine Versammlung für Männer und Frauen in demselben Lokal stattfindet.

Eine große öffentliche Volkerversammlung für Schöneberg und Umgegend, die von Männern und Frauen zahlreich besucht war, fand dieser Tage in Penderdorff's Salon statt. Anstatt des als Referent angekündigten, aber nicht erschienenen Herrn Albert Auerbach, hielt Herr Birch einen Vortrag über: „Die Frauenfrage und die Sozialdemokratie.“ Redner wies zunächst nach, daß die Meinung, die Frau gehöre lediglich in's Haus, lediglich in die Familie, veraltet sei. Die Verhältnisse seien andere geworden als früher. Die Produkte der häuslichen Thätigkeit der Frau seien heute zu Tage viel besser und billiger von der Großindustrie herzustellen; es sei falsch, wenn man meine, die Frau sei heute dazu da, um — wie sie es in früheren Jahrhunderten gethan — für den Bedarf der Familie den Flach selbst zu spinnen, das Bier selbst zu brauen. Sie sei endlich dahin gedrängt worden, Schulter an Schulter mit dem Manne in der Industrie thätig zu sein. Leider hätten sich die Frauen bisher nicht daran gewöhnen können, für ihre Arbeitsleistungen dieselben Löhne zu verlangen wie die Männer. Die Frauen seien jetzt für den Kapitalisten ein Gegengewicht gegen die Forderungen der Männer. Die völlige Gleichstellung, völlige wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern sei daher anzustreben. Man werde einwerfen, die Ehe leide unter der völligen Gleichstellung der Frau mit dem Manne und der Sittlichkeit werde geschadet. — Wenn man dann von einem Zerreißen der Ehe sprechen wolle, so trage nicht die Sozialdemokratie, sondern das Kapital die Schuld daran, welches die Frau gezwungen habe, außerhalb des Familienlebens ihren Erwerb zu suchen. Und was die Sittlichkeit anbetreffe, so werden doch die Sitten durch die ökonomischen Bedürfnisse und Verhältnisse geschaffen und nicht umgekehrt. Es haben in der Beziehung allerdings noch bis vor gar nicht langer Zeit selbst unter den Sozialdemokraten ganz merkwürdige Ansichten geherrscht, indem man den Ausschluß der Frauen von verschiedenen Erwerbszweigen aus Sittlichkeitsgründen verlangt habe. Darüber sei man nun ja hinweg. Die Frauenarbeit sei nur da zu verbieten, wo sie der Gesundheit gerade der Frau nachtheilig sei, wie in mit Quecksilber arbeitenden Betrieben, z. B. in Spiegelbelegereien etc. Es sei ein Unsin, aus „Sittlichkeitsgründen“ das Arbeiten der Frauen auf Hochbauten zu verbieten zu wollen. Warum tragen denn die Frauen noch immer ihre besondere Kleidung? Mögen sie sich doch auch hierin den Männern gleichstellen. Man dürfe eben keinen Unterschied zwischen Sittlichkeit beim Manne und Sittlichkeit bei der Frau machen. — Leider sehe man in der Geschichte der Entwicklung der Arbeiterbewegung, daß man oft bekümmert gewesen sei, die Frauenarbeit als eine Konkurrenz für die Arbeit der Männer auszuschließen, und selbst die englischen Arbeiter, die für die Arbeiterklasse doch so viel gethan, seien in dieser Beziehung auch noch zurückgeblieben. Die Frauen müssen auch endlich in den Lohnkampf eintreten; sie dürfen ihre Forderungen ferner nicht mehr nach ihren Bedürfnissen bemessen, sondern nach dem Werth ihrer geleisteten Arbeit. (?) Eine einzelne Stadt oder selbst ein einzelnes Land allein, könne hierin allerdings Nichts erreichen; um die Konkurrenz der verschiedenen Länder zu vermeiden, sei ein internationales Vorgehen in dieser Sache notwendig. Dagegen sei vor allen Dingen nöthig,

daß die Männer ihr Möglichstes thun, um die Frauenfrage zu lösen, um die einer Organisation der Frauen entgegen stehenden Hindernisse hinweg zu räumen, da doch, wenn die Verhältnisse so bleiben wie sie sind, die Frauen doch stets ein Hemmschuh für die Männer sein werden. Die Frauen selbst müssen aber auch mithelfen, die ihrer Gleichstellung mit den Männern entgegenstehenden Vorurtheile zu beseitigen, und mitwirken, das Joch, je eher, desto besser abzuwerfen. (Beifall.) In der Diskussion wurde namentlich die Lage der Frauen der kleineren Beamten und damit die Lage der letzteren selbst lebhaft erörtert, die, wie von verschiedenen Rednern betont wurde, weit schlechter dastehen als die meisten Arbeiter. Herr Lunkwih-Friedenau erkannte dies gleichfalls an, ist aber der Meinung, man dürfe nicht mehr für sie eintreten. Obgleich doch auch sie den sozialdemokratischen Abgeordneten in Reichstage manches Gute verdanken, hätten die kleinen Beamten, die vielfach ihren Stolz darin suchen, sich „königlich“ zu nennen und zweierlei Tuch zu tragen, sich oft dafür undankbar erwiesen und für die Sozialdemokratie nur Verachtung gezeigt. Sie mögen sich selbst organisieren und nach dem Beispiel der Londoner Beamten sich selbst zu helfen suchen. Dem widerspricht der Vorsitzende, welcher trotzdem für die kleinen Beamten eintreten möchte und die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf die volle Gewinnung auch dieser Klasse gerichtet sehen will. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde sodann die Versammlung geschlossen nach Annahme eines Antrages auf Veranstaltung einer zur Deckung der Kosten dienenden Tellerveranstaltung beim Ausgange, die jedoch von dem überwachenden Polizeibeamten, als gesetzlich nicht gestattet, verhindert wurde.

Eine Versammlung für Männer und Frauen fand am 28. August statt, in welcher Herr Dr. Rütgenau über „Die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Achtstundentages“ referirte. Nachdem Redner über eine Stunde über besagtes Thema gesprochen, versuchte er über den in Halle geplanten Kongress zu sprechen. Hierbei verlangte der überwachende Beamte, daß die Frauen entfernt würden. Da dies durch Abstimmung einstimmig abgelehnt wurde und der Referent von Neuem über den Kongress zu sprechen begann, löste der Beamte die Versammlung auf Grund des Vereinsgesetzes auf. Auf die hiergegen eingereichte Beschwerde ist vom Polizeipräsidium nun folgende, für alle Vereinsvorstände und Leiter von Versammlungen bemerkenswerthe Antwort ergangen:

Auf die Beschwerde vom 27. August d. J. erwidere ich Ihnen ganz ergebenst, daß die Auflösung der Versammlung vom 28. August d. J. nicht für begründet erachte und den überwachenden Beamten mit entsprechender Weisung versehen habe.

Der Polizeipräsident.
S. B.: Friedheim.

Der Verein der Parquetbodenleger hielt am 8. September in Feuerstein's Lokal eine Mitglieder-Versammlung ab, mit der Tagesordnung: „Innere Vereinsangelegenheiten.“ Der Vorsitzende, Herr Hef, unterbreitete der Versammlung einen Bericht aus der letzten Vorstandssitzung, in welcher beschlossen wurde: unser Vereinslokal zu Herrn Weigt, Markgrafenstr. 87, zu verlegen, sowie nur alle vier Wochen eine Versammlung abzuhalten und zwar an jedem Montag vor dem Ersten des Monats. Diese Vorschläge des Vorstandes wurden angenommen. Herr Hef macht noch bekannt, daß alle Montage vor dem 16. eines Monats eine Vorstandssitzung (ebenfalls bei Herrn Weigt) stattfindet; hierzu ist ein jedes Mitglied eingeladen, sowie zum gemüthlichen Zusammensein nach Beendigung der Sitzung. Als dritter Revisor wurde Herr Knuth gewählt. Herr Schmidt als Lohnkommissionsmitglied, ersucht diejenigen, welche noch im Besitz von Sammelstücken zu freiwilligen Beiträgen für Bodenleger sind, diese an den abzuliefern, von dem er die Liste erhalten hat. Die nächste Versammlung findet am 24. September bei Herrn Weigt, Markgrafenstraße Nr. 87, statt.

Der Fachverein der Lederarbeiter hielt am 8. d. Mts. seine regelmäßige Vereinsversammlung in den Zentral-Präzedenz, Oranienstr. 180, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Reudjora über: Vorfälle als Mann der Wissenschaft und als Charakter. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Referent wies auf die großen Verdienste Lassalle's in der Arbeiterbewegung hin, gab dann im weiteren Verlauf seines Vortrages eine geschichtliche Darstellung von Lassalle's Thätigkeit, namentlich in Berlin, und forderte, die so werthvollen Schriften desselben zu lesen. Auch bezeichnete Redner Lassalle als personifiziertes Ideal für die ganze deutsche Sozialdemokratie, namentlich in Betreff seiner Charaktereigenschaften. Eine Diskussion wurde in Anbetracht des langen Vortrages abgelehnt. Ein vom Kollegen Bander eingebrachter Unterstützungsentwurf wurde nach längerer Diskussion vom Antragsteller selbst zurückgezogen. Nachdem noch Kollege Wunsche auf den Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht hatte, und der Vorsitzende, angetrieben durch ein vom Vorstand der „Freien Volksbühne“ angefertigtes Schreiben, die Kollegen aufgefordert, sich die Mitgliedschaft in diesem Verein zu erwerben, wurde die Versammlung geschlossen.

Achtung, Drechsler und Berufsgenossen! Unterzeichneter Kollege erlaubt sich, die geehrten Herren Kollegen mit Damen zu seiner am 18. September arrangirten großen internationalen Vereins- und Familien-Fest-Vorstellung und Ball in Möwe's Gesellschaftshaus, Fichtestraße 29, gehoramt einzuladen. Bitte, recht zahlreich erscheinen zu wollen, da ein Theil des Ueberschusses zu einem guten Zweck verwandt wird. Anfang 8 Uhr. Billets à 90 Pf. im Lokal und bei folgenden Herren: Gott. Schulz, Kottbuser Platz; Gränzel, Dresdenerstraße 118; Jubel, Rammstraße 86; Eichhorn, Oranienstraße 191; Pinn, Oranienstr. 171.

Mit kollegialischem Gruß: S. Dsang, Holzdrechsler, Berlin, Mariannenstr. 10.

In Bezug hierauf erhalten wir von Herrn R. Kuh folgende Zuschrift: Warnung! Drechsler! Am Sonnabend erließ ein gewisser Dsang eine Einladung zu einem Vergnügen am 18. d. M. an alle Drechsler und Berufsgenossen. Diese Einladung geht in keiner Weise von Seiten der Gewerkschaft oder von der Vereinigung aus. Wir warnen daher alle Kollegen vor dem Besuch und laden Alle zu dem letzten Sommerausflug am Sonntag, den 14. d. M., nach Schmargendorf ein. Abfahrt vom Schleisbahnhof 1 Uhr 40 Minuten, vom Anhalter Bahnhof 1 Uhr 25 Minuten.

Von dem Berichterstatter Herrn Friedländer geht uns folgendes Schreiben zu: In der Donnerstags-Ausgabe Ihrer Zeitung stellt Herr Wildberger die Behauptung auf: mein Bericht über die Versammlung des Wahlvereins im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sei von Anfang bis Ende unrichtig und unvollständig. Ueber das Wort „unvollständig“ bezüglich eines Zeitungsberichts kann man verschiedener Auffassung sein. Diejenigen, die in einer Versammlung als Redner aufgetreten sind, werden den betreffenden Zeitungsbericht wohl vielfach unvollständig finden. Der Berichterstatter hat eben den Namen der Zeitungen zu berücksichtigen und kann oftmals nicht so ausführlich berichten, als er vielleicht selbst möchte. Wenn jedoch Herr Wildberger gleichzeitig behauptet: mein Bericht sei von Anfang bis Ende unrichtig gewesen, dann muß ich doch das Verlangen stellen, hierfür Beweise zu erbringen. Anstatt zu sagen: in wiefern ich seine Ausführungen unrichtig wiedergegeben habe, ergeht sich aber Herr Wildberger in persönlichen Angriffen gegen mich. Die große Gilt, die zuweilen bei Abfassung der Versammlungsberichte geboten ist, macht es erklärlich, wenn vielleicht hin und wieder Irrthümer vorkommen. Allein die Behauptung, daß ich demüthigt war, dem Vortrag und der Diskussion einen mehr persönlich gehässigen Charakter zu verleihen, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich bin stets demüthigt gewesen, streng sachlich zu berichten und zwar auch über die Streitigkeiten, die augenblicklich innerhalb der sozialdemokratischen Partei ge-

führt werden. Wenn jedoch diese Streitigkeiten den weitesten Theil der Versammlung in Anspruch nehmen und mit sachlichen Ausführungen verflochten werden, dann ist es eine sehr schwere Aufgabe, im Rahmen eines verhältnismäßig gedrängten Zeitungsberichts das Borgefallene in einer den Rednern genehmen Weise wiederzugeben. Herr Bildberger verlangt doch nicht, daß die Streitigkeiten und ganz besonders die in jener Versammlung gefallenen Angriffe gegen Abwesende verschwiegen werden sollen? Im Uebrigen werde ich bemüht sein, sobald Herr Bildberger einen sachlichen Vortrag über das Programm der sozialdemokratischen Partei ohne Seitenhiebe auf Abwesende halten sollte, das etwa Versäumte nachzuholen.

Auf die Zuschrift des Herrn Ernst habe ich zu bemerken, daß ich möglicher Weise seine Aeußerung betreffs des Schiedsgerichts mißverstanden habe, eine böswillige Absicht hat mir aber fern gelegen.

Herr Tiefhäuser schreibt uns: Die Donnerstag-Nummer des „Berl. Volksblatt“ enthält als Antwort auf meine Richtigstellung die Behauptung, daß ich doch in Rede stehende Inserat, wie aus den Geschäftsbüchern hervorgehe, am 23. Mai 1888 selbst gebucht habe, ohne mein Wissen und Wollen könne sich daher der Vorgang nicht abgespielt haben. Diese Behauptung ist grundfalsch. Es handelt sich hier gar nicht um ein Inserat, sondern um einen im Lokalen Theil des Blattes aufgenommenen Reklameartikel. Mit diesem Theil des Blattes hat aber die Expedition absolut nichts zu thun. Der hier gemeinte Reklameartikel hat am Sonntag, den 20. Mai 1888 im „Berl. Volksbl.“ gestanden und unter Dienstag, den 22. Mai, also zwei Tage später, erhielt ich von dem Annoncen-Agenten des „Berliner Volksblatt“, Herrn Henke, einen Zettel, der mir bekannt machte, daß im Lokalen Theil des Blattes ein Artikel stehe, der bezahlt werde und deshalb verbucht werden müsse. Erst durch diesen Zettel, der über den Preis für die Reklame nähere Angaben enthält und sich noch in meinen Händen befindet, erhielt ich Kenntniß von der bereits vollzogenen Thatsache und mir blieb weiter nichts übrig, als diese Thatsache im Geschäftsbuch zu registriren, was ich dann auch am 23. Mai gethan habe.

Was die übrigen Bemerkungen anbetrifft, so meine ich, daß hier von „Enthüllungen“ keine Rede sein kann, da schon seit länger als drei Jahren in Parteireisen bekannt ist, daß im „Berliner Volksblatt“ Reklamen aufgenommen wurden.

W. H. Tiefhäuser. Zu der vorstehenden „Richtigstellung“ des Herrn W. Tiefhäuser theilt uns Herr Henke, dem wir dieselbe vorgelegt haben, das Folgende mit: „Es ist unwar, und kann ich eventuell durch glaubwürdigen Zeugen beweisen, daß ich Herrn W. H. Tiefhäuser erst nach der Aufnahme der betreffenden Notiz, die unter der Rubrik „Vernehmungsschönheit“ erfolgte, Mittheilung davon machte, daß dieselbe bezahlt würde. Es ist dies zweifellos mindestens 1-2 Tage vor der Aufnahme geschehen und der Umstand, daß Herr Tiefhäuser meinen bezüglichen Bestellzettel für die Buchung (also einen Geschäftsbeleg) einige Tage vor seinem Abgang an sich genommen, berechtigt zu der Annahme, daß die Buchung zum 3. u. 4. späterer Fruktifizierung absichtlich erst nach geschehenem Abdruck in der Zeitung von Herrn Wilhelm Tiefhäuser vorgenommen worden ist.“

Auf Herrn Tiefhäuser's Charakter werfen diese Vorkommnisse ein überaus bezeichnendes Licht. Herr Tiefhäuser erklärt gestern, daß er freiwillig aus unserer Expedition ausgetreten ist, und heute theilt er der stammenden Welt mit, daß er sich in den letzten Tagen seines Wirkens noch widerrechtlich Geschäftspapiere angeeignet hat! Kennt Herr Tiefhäuser den bezeichnenden, aber etwas häßlich klingenden Namen nicht, den das Strafgesetzbuch für derartige Manipulationen hat? Wir haben keine Veranlassung, in die Angaben des Herrn Henke, dessen Hände rein

sind, irgend welche Zweifel zu setzen; Herr Tiefhäuser soll nur überall die Gelegenheit wahrnehmen, sich über den groben Vertrauensbruch, den er gegen unser Geschäft begangen hat, auszulassen. Er wird unter den Genossen genug Leute finden, die ihm passende Antworten ertheilen.

Für uns ist die Sache erledigt.

Achtung! Am Freitag, den 19. d. M., findet eine öffentliche Versammlung der Vorstände sämtlicher Gewerkschaften statt, welche endgültig entscheiden soll über die Taktik der Berliner Streit-Kontrollkommission resp. die Meinungen zu fassen über verschiedene Punkte der von der Kommission vorgelegten Resolutionen. Die Tagesorden resp. das Versammlungslokal werden durch Infanterie noch näher bekannt gemacht. In Anbetracht der Wichtigkeit wollen die Gewerkschaften von weiteren Versammlungen für diesen Tag Abstand nehmen.

Koller'scher Stenographenverein „Nord-Berlin“. Sitzung am Freitag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Hof“, Brunnstr. 129a, Schreib- und Besprechungs-Büro.

Koller'scher Stenographenverein „Südost“. Sitzung am Freitag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Deutsches Wirtschaftshaus“ in Rixdorf, Bernstr. 129. Antritts- und Besprechungs-Büro.

Leser- und Diskussions-Klub „Südost“. Versammlung am Freitag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schwarzkopf, Stalgerstr. 11.

Arbeiter- und Arbeitervereine des Vereins sämtlicher Gewerkschaften, Berlin 2 (S. d. M.). Versammlung am Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Böckow, Prinzenstr. 79 (Gartenszimmer).

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Der 1. Mai.

Unter dieser Epithete las ich in voriger Woche einen Artikel in einem bürgerlichen Blatt, in demselben wurde die grausige Thatsache mitgeteilt, daß am Sonntag, den 31. August, in der Alexanderstraße ein Drechsler vor Hunger umgefallen sei. Derselbe gab vor, am 1. Mai gefeiert, seine Stelle verloren und bis dato keine Arbeit bekommen zu haben. Jeder Arbeiter wird auf den ersten Blick sehen, daß das eitel Humbug ist, nicht so die Presse, ein Theil derselben brachte die Notiz ebenfalls und so kam es, daß ein Arbeiter mir gegenüber äußerte: „So halten die Arbeiter ihre Gemüthsregungen hoch.“ Dies giebt Veranlassung zu diesem Artikel.

Angenommen, der Verhungerte hätte am 1. Mai gefeiert, so gehörte er doch wohl der zielbewußten Arbeiterschaft und als solcher einer Organisation an. Hätte er nun den Arbeitsnachweis der Drechsler benutzt, so hätte er binnen 14 Tagen Arbeit bekommen. Die Lohnkommission hat seiner Zeit im „Berliner Volksblatt“ ausgedrückt, daß alle Maßregelungen bei

derartigen zu melden wären. Die Gemeldeten, es waren zehn Mann, wurden sofort untergebracht. Es hätte ja vielleicht in manchen anderen Gewerbe schwerer gehalten, als bei uns, aber welcher Drechslermeister, ausgenommen vielleicht zehn der eragirtesten Innungsmeister, fragt darnach, ob der Gefelle am 1. Mai gefeiert oder nicht; ja die Mehrzahl ist zufrieden, wenn sie überhaupt noch Gefellen bekommt. Eine Gewerkschaft, die binnen sechs Wochen für die Hamburger die Summe von 2000 M. aufgebracht, die wird keinen Kollegen, wegen seiner Ueberzeugung Gemüthsregungen dem Hungertode preisgeben.

Aber einzig und allein will man uns Arbeiter schon jetzt graulich machen für den kommenden Mai. Die zielbewußten Arbeiter lassen sich durch vieles Andere nicht davon abhalten, am allerwenigsten aber durch derartige Kammernmärsche.

Berlin, den 8. September.

H. L. u. H., Drechsler, Kottbusserdamm 21.

Auf Grund des § 11 des Pressgesetzes ersuche ich Sie, nachfolgende Berichtigung in Ihrem Blatte aufzunehmen: In dem Sprechsaal der Nr. 209 des „Berliner Volksblatt“ vom 9. d. M. ist eine den Unterzeichneten betreffende Erklärung von 4 Personen unterzeichnet, welche durchaus der Wahrheit nicht entspricht.

Es ist nur eine einmalige Bezahlung der genossenen Gelder seitens derselben erfolgt, trotzdem verlangten die betreffenden Personen Geld als doppelt gezahlt zurück, was ich natürlich ablehnte.

Als hierüber Skandal entstand, verwies ich den Herren Einsendern mein Lokal. Meine Ehefrau war bei dem Verfall überhaupt nicht zugegen.

Ich habe meinen Rechtsanwalt bereits beauftragt, die nöthigen Schritte einzuleiten, um den Herren Einsendern Gelegenheit zu geben, sich vor den Strafrichtern zu verantworten.

Hochachtungsvoll

A. Puder, Dessinateur, Berlin, Wendenstr. 2.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Basel, 11. September. Telegramme aus Bellinzona (Tessin) melden, es sei infolge der Weigerung der konservativen Regierung, die Abstimmung über die vom Volke verlangte Verfassungsrevision anzuordnen, heute Mittag zu einem Aufstand der Liberalen gekommen, bei welchem das Zeughaus und das Regierungsgebäude von Leuten besetzt worden seien. Die konservativen hätten keinen erheblichen Widerstand geleistet, die Staatsräthe Respin, Casella und Granella seien verhaftet worden und es werde alsbald zur Ernennung einer provisorischen Regierung geschritten werden.

Bern, 11. September. Infolge der aus dem Kanton Tessin hier eingegangenen Berichte über eine in Bellinzona ausgebrochene ausländische Bewegung ist der Bundesrath zu einer Sitzung zusammengetreten. Die sofortige Abfertigung von Truppen nach dem Tessin gilt für wahrscheinlich.

Bern, 11. September. Die dem Bundesrathe zugegangenen Depeschen bestätigen, daß in Bellinzona das Zeughaus und das Regierungsgebäude von den Aufständischen besetzt und die Regierungskasse Casella und Gianella verhaftet wurden. Der Staatsrath Rossi soll durch einen Revolvererschuss getödtet worden sein. Der Bundesrath hat die bewaffnete Intervention beschlossen und den Nationalrath und Oberst-Divisionär Kuenz in Nyon zum eidgenössischen Kommissar ernannt. Das hier im Dienst befindliche Bataillon Nr. 89 (Bern) wird morgen nach dem Tessin abgehen. Das ebenfalls hier im Dienst befindliche Bataillon Nr. 88 ist auf Piquet gestellt. Die Anklagekammer des Bundesgerichts ist von der Bundesanwaltschaft ersucht worden, den Untersuchungsrichter einzuberufen.

Bern, 11. September. In Bellinzona ist eine neue Kantonsregierung für den Tessin ausgerufen; dieselbe besteht aus den Liberalen Simmen, Bruni, Lepori, Battaglini und Perruchli. Die Liberalen in Lugano, Mendrisio, Chiasso, Locarno und Bellinzona haben sich der ausländischen Bewegung angeschlossen.

Rom, 11. September. Wie die „Tribuna“ meldet, wurde heute eine in einer Straße der Stadt aufgeschickte rote Flagge, welche mit der Aufschrift: „Es lebe die Revolution! Es lebe die Republik!“ versehen war, von der Polizei weggenommen.

London, 11. September. Nach einer Meldung des „Reichsboten“ aus Konstantinopel wurde der armenische Bischof Ladjad Oskanian beim Herausgehen aus der Kirche gestern Abend von einem jungen, mit einem Messer bewaffneten Menschen unter dem Rufe „Verräther“ angefallen. Der Bischof wurde im rechten Arme schwer verwundet. Die Ursache des Attentats soll Rache sein, weil die Zeugnisaussage des Bischofs Veranlassung zur Verurtheilung von Armeniern waren, die an den belagerten Ausritten in der Kirche zu Rum Kapu theilgenommen hätten. Der Attentäter, der bekannt ist, konnte trotz Nachforschungen durch die Polizei bis jetzt nicht gefunden werden.

Souhampton, 11. September. Ein heute gemachter Versuch, eine Verständigung zwischen den Streitenden und den Gewerkschaften herbei zu führen, scheiterte, weil die Dogmatischeren sich weigerten, mit den Vermittlern, die dem Arbeiterstande nicht angehören, zu verhandeln.

Soeben erschien:

Heft 12.

Dr. W. Zimmermann's
Großer Deutscher Bauernkrieg.
Illustrirte Volksausgabe.
Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.**
Preis pro Heft 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die Expedition, **Beuthstrasse 3.**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Soeben erschien:

Bur Tage

der
Arbeiter in den Bäckereien.
Von
August Bebel.
184 Seiten. — Preis 1 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition, **Beuthstrasse 3.** — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Rudolf Heym,
Cravouer,
Hömerda i. Ch.,
empfiehlt zum Andenken an das Erlöschen des Sozialistengesetzes nebenstehend abgebildete **Medaille.** Preis 30 Pfg. Für Wiederverkäufer Rabatt. Versand gegen Nachnahme. 1795

Nur noch kurze Zeit.
Während des Umbaues verkaufen wir zu noch nie dagewesenen billigen Preisen ca. 1500 Reste diverse **Möbelstoffe, Plüsch etc. zu Bezügen** ausreichend **1000 Fenster engl. Tüllgardinen** — ca. **abgepasst, weiss und crème, einen grossen Posten fehler-Teppiche** etc. in allen Grössen (in Smyrna freier **Brüssel, Velour, sowie handgeknüpft, Tournay, echt Portièren** von 4 Mark an.
J. Adler Söhne,
Spandauerstr. 30, vis-à-vis dem Rathaus.

Evorabräu!
Den Genossen des Südoften empfehle außer vorzüglichem **Weißbier** auch das bei den Arbeitern so beliebte **Evorabräu,** à Glas 10 Pfg.
1793
Otto Linke,
Forsterstraße 45.

Empfehle mein Restaurant für Arbeitsschweiss, Zahlfeste und Vereine. Zugleich kräft. Mittagstisch mit Bier à 45 Pfg. und Abendstisch. Um geneigten Anspruch bittet
1754
A. Flick, Soyenstr. 40, pt.

Rheinländischer Tunnel,
gen.: „Die fidele Nagelkiste“,
Berlin N., Eisasserstraße 73,
gegenüber der Bergstraße.
Rendez-vous aller lebenslustigen Herren.
Brümmel, Radaubröder und Quasselfrisigen haben keinen Eintritt.
Kapellmeister: **R. Blank.**
Gesang: **Lucia Moor.**
H. Schultze (mit'n h),
Planisch-Apotheker.

Paul Schröder's
Wirthshaus Wannsee
in
Beelitzhof
bei Wannsee
empfiehlt sein Lokal für Gesellschaften, Vereine, Familien u. a. m. zu Ausflügen und Landpartien.
Ausspannung.
Bahnverbindung durch Vorortzüge und Potsdamer Bahn nach Station Wannsee, von dort zu Fuß in 15 bis 20 Minuten nach meinem Lokal. Zu den zwei ersten Vorortzügen werden vom Schlesischen Bahnhof u. Alexanderplatz Arbeiter-Tagesbillets zum Preise von 50 Pfennig für Hin- und Rückfahrt nach Wannsee ausgegeben. 287

Gewerbehalle,
ält. Jahrg. statt 12 M. nur 4 M.
E. Neuenhahn's Buchh.,
Kommandantenstr. 77/79, Laden 28.

Sophabezüge!
Reste v. 3/4-5 Meter spottbillig.
Emil Ledvys, Granienstr. 158.
Proben frank! [1522]

Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Tabak- und Cigarren-Geschäft
Skalltorstrasse 66. **Otto Jahns.**

Allen Genossen zur Nachricht, daß ich **Wionerstrasse 54** ein
Cigarren-Geschäft
eröffnet habe. 1708
Ernst Prüfer.

**Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.**
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 1451
137. Reichenbergerstr. 167.

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein
**Herrn- u. Knaben- 1407
Garderoben-Geschäft.**
Wilh. Pahr, Nr. 2 am Pappelpl.

Filz- und Fedenhüte mit der Arbeiter-Kontrollmarke versehen. Reparaturen gut und billig bei 1747
Rudolph Wegener, Gutmacher, Noabit, Stromstr. 59.

Kinderwagen. Großartige Auswahl.
16. Bernauerstr. 16.
Reisehandlung.
Billige Koffer zu Einsegnungs-Anzügen werden auf gleich angefertigt oder zugeschnitten. 460
Barle, Waldemarstr. 66.

**Möbel, Spiegel und
Polster-Waaren**
empfiehlt
Julius Apelt
Sebastian-Strasse 27-28.
Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. 1795

**Schwarze
Cachemires**
bedeutend unterm Preis
von 30 Pfg. an
empfiehlt
H. Marcus, Reinlektendorferstr. 5.

Das gr. Lager Berlin
Kinderwagen. Andrastr. 23, 24.
Sopha u. 2 Hautenils z. v. Adalbertstr. 89, v. 11. Von 5 Uhr zu besichtigen.

größere und kleinere zu
Pläge, miethen Blumenstraße 82.
Ein Geschäftskeller mit Wohnraum zum 1. Okt. 1795
zu verm. Blumenstr. 32.

Soeben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 108.
Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße 3.

Die Ehrenbeleidigung gegen **Gen. Marschneider** nehme ich zurück.
1795
W. Renner.

Arbeitsmarkt.
Ein Schleifer auf Stahl wird gesucht.
Mummelsburg, Schillerstr. 28. 1795

Achtung
Der Arbeitsnachweis des **Klavier-Arbeiter-Vereins** bleibt Sonntag, den 13. September, des Festes wegen
geschlossen.
Die Arbeitsvermittlungskommission.